

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 04. Juli 2011**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

13. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr

Ende der Sitzung: 17.14 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 12. Sitzung des Gemeinderates vom 16.05.2011 liegt zur
Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herdt

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Herbert Pernkopf

Augustine Zittmayr-Hacker

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Andrea Bauer

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Johann Höpfl
Wiesinger Beate

Entschuldigt:

GR. Mag. Sabine Brenner-Nerat (SPÖ)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 28.06.2011 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Glückwünsche an GR. Mag. Sabine Brenner zur Vermählung:

Bgm. Dr. Koits: Für die heutige Sitzung hat sich Frau Magister Sabine Brenner entschuldigt, der ich von dieser Stelle aus die besten Glückwünsche zur Vermählung aussprechen darf. Sie trägt nun den Doppelnamen **Brenner-Nerat** und befindet sich derzeit auf Hochzeitsreise. Alles Gute!

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates DI-Verf-007-2011

Bgm. Dr. Koits: Vorerst darf ich einmal die Familie Ganzert ganz herzlich bei uns willkommen heißen, ebenso meinen Amtsvorgänger, Herrn Kommerzialrat Karl Bregartner und das zuletzt aus dem Gemeinderat ausgeschiedene Mitglied, Herrn Rupert Leitner.

Ich darf feststellen, dass nach den Bestimmungen der Kommunalwahlordnung, die für Oberösterreich gilt, aufgrund der Zurücklegung des Mandates durch Herrn Rupert Leitner mit Ablauf des 30. Juni 2011 Herr Stefan Ganzert nachberufen wurde, der diese Berufung angenommen hat. Zuvor haben alle vorgereichten Ersatzmitglieder auf eine Nachberufung verzichtet. Es sind das: Vzbgm. a.D. Manfred Hochhauser, StR. Silvia Huber, Vzbgm. a.D. Dr. Friedrich Ganzert, Gertrude Aitzetmüller, Claudia Hüttmayr-Punkenhofer, Werner Forstinger, August Tesarsch, LAbg. Petra Müllner, Helga Maitner, Renate Haim, Mag. Manfred Sams, Günther Gausch, Franz Schiehauer, Birgit Edeneicher, Elfriede Watzinger, Renate Schumm, Brankica Stojak, Alexandra Wimmer, Sandra Hochhauser, Mag. Klaus Schippani, Mag. Otmar Kern, Thomas Mayrhofer, Gerhard Budimir, Elke Lindlbauer, Klaus Schininger, Ronald Schiefermayr, Ralph Rohregger, Dipl.-Ing. Karl Svoboda, Petra Wiesinger, Petra Wimmer, Franz Schuster, Ingrid Freimuth, Mag. Jürgen Leitner, Sonja Reitingner, Hannah Stöger Müller, Nina Hochhauser, Beate Bauer und Jürgen Hager. Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach Paragraph 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe" zu leisten. Ich er-

suche sie daher, sich von ihrem Platz zu erheben und den Herrn Magistratsdirektor ersuche ich um Verlesung der Gelöbnisformel.

MD. Dr. Schweiger verliest die Gelöbnisformel nach § 10 Abs. 4 StW. 1992 idgF.

Herr Stefan Ganzert leistet sodann das Gelöbnis mit den Worten: „Ich gelobe.“

Bgm. Dr. Koits: Ich danke und darf darum ersuchen, wieder die Plätze einzunehmen.

Weiters darf ich dich, lieber Stefan Ganzert, recht herzlich in unserer Mitte willkommen heißen. Du bist mit knapp über 20 Jahren das jüngste Mitglied des Gemeinderates und in Anbetracht der großen Aufgaben, die vor uns stehen, ersuche ich dich um gute Zusammenarbeit, so wie das auch in Bezug auf deinen Vorgänger der Fall war.

Es hat mich Herr Gemeinderat a.D. Rupert Leitner gebeten, einige Worte zu ihnen sprechen zu können.

GR. a.D. Leitner: Ich darf mich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit allen hier im Gemeinderat bedanken. Für mich war das ein Jahrzehnt bester Zusammenarbeit sowohl in Bezug auf die Mitglieder des Gemeinderates als auch jene des Stadtsenates, bei denen ich mich dafür ebenfalls bedanken möchte.

Ich wünsche Ihnen im Interesse der Stadt Wels und der Bevölkerung für die Zukunft alles Gute. Ganz besonders wünsche ich natürlich meinem jungen Nachfolger hier im Gemeinderat alles Gute.
(Starker Applaus!)

Bgm. Dr. Koits: Lieber Rupert Leitner! Auch ich danke dir herzlich für die gute Zusammenarbeit im Gemeinderat über all die Jahre hinweg. Du warst ja in verschiedenen Ausschüssen tätig und ich weiß, dass du auch bei manch gegensätzlicher Auffassung unter den Fraktionen gut mit allen zusammengearbeitet hast. Dein Einsatz war deinen Möglichkeiten entsprechend perfekt.

Es wird noch die Gelegenheit sein, dir nochmals offiziell danke zu sagen. Für deine weitere Zukunft wünsche ich dir alles Gute, vor allem beste Gesundheit, denn Gesundheit ist im Grunde das, vom dem alles abhängt. Nochmals alles Gute dir und deiner Familie.

Anfragen von Mitgliedern des Gemeinderates

Bgm. Dr. Koits: Es sind bei mir Anfragen eingelangt, die ich ihnen jetzt zur Kenntnis bringen darf.

Anfrage GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger betreffend Radfahren am Reinberg:

Bgm. Dr. Koits: Frau Gemeinderätin Dipl.-Ing. Leitinger stellte mir zum Thema „Radfahren am Reinberg“ viele Fragen und angesichts dessen, dass wir damit auch Behörden befassen müssen, die außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Magistra-

tes Wels liegen und angesichts der doch ziemlich kurzfristigen Eingabe dieser Anfrage wird diese von mir schriftlich in der dafür vorgesehenen Zeit beantwortet.

Anfrage GR. Prof. Mag Walter Teubl betreffend Projekt Messegelände (Erstellung eines Masterplanes):

Bgm. Dr. Koits: Zum Thema der Erstellung eines Masterplanes für das Messegelände gilt sinngemäß, was ich bei der vorhin zitierten Anfrage sagte. Auch Herr Gemeinderat Mag. Teubl stellte sehr viele Detailfragen, die nicht innerhalb von zwei oder drei Tagen beantwortet werden können. Hier sind ebenfalls etliche Personen außerhalb des Magistrates beteiligt, mit denen selbstverständlich Kontakt aufzunehmen ist. Daher wird auch diese Anfrage innerhalb der vorgesehenen Zeit schriftlich beantwortet.

Aktuelle Stunde sowie Dringlichkeitsanträge:

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass zur „Aktuellen Stunde“ kein Themenvorschlag eingebracht wurde und dass auch keine Dringlichkeitsanträge vorliegen.

Somit wird jetzt auf die eigentliche Tagesordnung eingegangen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-149-2011

Bgm. Dr. Koits: Beim ersten Tagesordnungspunkt geht es um die Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates. Herr Stefan Ganzert wurde zuvor als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt und wird natürlich einige Ausschüsse besuchen bzw. in diversen Ausschüssen als Mitglied oder Ersatzmitglied tätig sein.

Nach dem vorliegenden Wahlvorschlag (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion soll Stefan Ganzert in jenen Ausschüssen tätig sein, in denen bisher Rupert Leitner mitwirkte.

Es sind das im Einzelnen:

Mitgliedschaft im:
Wirtschafts- u. Stadtentwicklungsausschuss
Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss
Verkehrs- und Straßenbauausschuss

Ersatzmitgliedschaft im:
Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss
Sportausschuss
Bau- und Wohnungsausschuss
Frauenangelegenheiten- und Gleichbehandlungsausschuss

Ich ersuche um Abstimmung in Fraktionswahl.

Die durch Erheben der Hand durchgeführte Wahl bringt folgendes Ergebnis:

Der Wahlvorschlag (Anlage 1) wird von den Mitgliedern der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an
Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

2.)

Volksschulen 10 und 11, Lichtenegg;
Einbau einer Be- und Entlüftungsanlage für Klassenräume der VS 10 und VS 11 sowie
Sanierung der WC-Anlage in der VS 10;
Finanzierungsbeschluss;
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
FD-Fin-86-2011

Der Antrag lautet:

1. Die Finanzierung der Investitionen im Rahmen des Schulsanierungskonzeptes II in die Liegenschaft „VS Lichtenegg“ für den Einbau einer Be- und Entlüftungsanlage in den Klassenräumen (Volksschule 10/11) und die Sanierung der WC-Anlage (Volksschule 10) mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 496.800,-- exkl. USt. mittels Krediten bzw. Darlehen durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird genehmigt, wobei bei der Stadt Wels eingehende Förderungen an diese Gesellschaft weiterzuleiten sind.
2. Die Übernahme der Haftung durch die Stadt Wels für die gemäß Punkt 1. des Beschlussantrages aufzunehmenden Kredite bzw. Darlehen der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG entsprechend beiliegender Musterhaftungserklärung (Anlage 2) wird genehmigt.
3. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

3.)

Welser Turnverein 1862, Volksgartenstraße 17, Wels;
Abschluss einer Vereinbarung über das Benützungsrecht
für die öffentliche Beachvolley- und Basketballanlage
SF-Sport-122-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 20.06.2011:

Die Vereinbarung (Anlage 3) bezüglich öffentlicher Basketball- und Beachvolleyballanlage zwischen der Stadt Wels und dem Verein Welser Turnverein 1862 wird genehmigt.

StR. Dr. Rabl: Dieser Tagesordnungspunkt freut mich ganz besonders, und zwar deswegen, weil hier eine Initiative der Freiheitlichen gemeinsam mit der SPÖ aufgegriffen und umgesetzt wurde. Das bedeutet, dass Jugendliche sozusagen direkt in der Innenstadt die Möglichkeit haben, Trendsportarten auszuüben. Das ist aber nur der eine Vorteil und der zweite ist jener, dass der Turnverein tatkräftig von Anfang an unterstützt wird und für die Stadt Wels eine gewisse Planungssicherheit dahingehend besteht, dass längerfristig solche Anlagen zur Verfügung stehen. Aber auch für den Turnverein ist eine Planungssicherheit gegeben, denn über einen langen Zeitraum wird dieser über fixe Einnahmen verfügen können. Wir haben somit ausdrücklich diese Vereinbarung begrüßt. Wir haben schon vor etwa sechs Monaten mit dem Turnverein über solch eine Vorgangsweise gesprochen und sind froh darüber, dass diese nun im Gemeinderat eine so breite Zustimmung finden wird.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir sind selbstverständlich genauso dafür, dass es Sportplätze gibt, die öffentlich zugänglich sind, allerdings können wir uns mit der gegenständlichen Vereinbarung nicht anfreunden. Unserer Ansicht nach – hier möchte ich auf die Ausführungen meines Vorredners in Hinblick auf die Planungssicherheit zurückkommen – handelt es sich nämlich bei dieser Sache in erster Linie um eine versteckte Subventionierung des Welser Turnvereins. So wie diese Vereinbarung formuliert ist, kann es sich um gar nichts anderes handeln.

Die Dienststelle Finanzmanagement hat es sehr diplomatisch formuliert. Hier steht im Amtsbericht: „In Anbetracht der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit konnte keine fundierte finanzwirtschaftliche Stellungnahme abgegeben werden.“ Vielleicht hätte man, wenn mehr Zeit vorhanden gewesen wäre, den einen oder anderen Fakt in dieser Vereinbarung finden können. So ist es mir beispielsweise nicht ganz einsichtig, warum die Stadt Wels 28 Stunden pro Woche einen im freien liegenden Beachvolleyballplatz und einen Basketballplatz auch in den Wintermonaten mieten muss. Herr Vizebürgermeister, ich glaube nicht, dass in den Monaten Oktober bis April sehr viel Volleyball und Basketball im Freien gespielt wird. Meines Erachtens könnte man sich also zumindest die Hälfte der hier geplanten Ausgaben sparen.

Wir werden demnach dieser Vereinbarung nicht zustimmen. Und es gibt noch einige andere Punkte, warum wir dazu nicht in der Lage sind. Es ist beispielsweise die Bereitstellung von Toiletanlagen nicht sichergestellt. Ich weiß nicht, wie man sich das vorstellt. Wenn diese Sportlergruppen zwischendurch einmal die Toilette aufsuchen müs-

sen, sollen sie dann das nahe Gebüsch nutzen? Oder wie stellt man sich das vor? Somit gibt es keine Zustimmung unsererseits zu diesem Tagesordnungspunkt.

Vzbgm. Wimmer: Ich danke für die Diskussionsbeiträge. Es ist keine Enthüllung eines Geheimnisses, wenn ich sage, dass es mich nicht überrascht, wenn die GRÜNEN nicht zustimmen, wenngleich gewisse Aussagen durch nichts zu rechtfertigen sind. Dass nämlich eine Basketballanlage sowohl im Herbst als auch im Frühjahr, manchmal je nach Witterung auch im Winter genutzt wird, das ist für mich evident, weil ich ja das ganze Jahr über immer wieder diese Anlagen besuche.

Und wenn man sich die doch ziemlich ausführlichen Facebook-Diskussionen zu Gemüte führt und feststellen muss, dass die Welser Jugendlichen derzeit nach Thalheim ausweichen müssen, um eine dort befindliche Anlage zu benützen, die allerdings nicht über eine Kapazität für zwei Gemeinden verfügt, weiß man, wie notwendig bzw. wie wichtig eine solche Anlage in unserem Stadtgebiet ist.

Ob das nun als Subvention an den Welser Turnverein zu sehen wäre oder eben nicht – mit einer solchen hätte ich im Übrigen auch kein Problem, weil bei diesem Verein eine hervorragende Nachwuchsarbeit betrieben wird – das ist für mich nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, dass beim Turnverein Anlagen für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und auch instandgehalten werden, was uns nebenbei gesagt enorme Kosten erspart. Würden wir nämlich selbst eine derartige Anlage errichten, so ließe sich diese Investition aufgrund des gesunden Haushaltes unserer Stadt sicher bewerkstelligen, aber immerhin müssten wir mit erheblichen Folgekosten rechnen, während hier solche Folgekosten über die Vereinbarung abgegolten werden.

Deshalb ersuche ich jene Mitglieder des Gemeinderates, die für die Welser Jugendlichen diese Beachvolleyball- und Basketballanlagen bewerkstelligen möchten, um deren Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird bei

32 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

4.)

Welldorado Wels;
Beschaffung eines neuen Eintritts-, Kassen-, Schließ- und Kontrollsystems;
Auftragsvergabe
SF-FzB-23-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 20.06.2011:

Der Auftrag über die Lieferung bzw. Installation eines neuen Eintritts-, Kassen-, Schließ- und Kontrollsystems im Welldorado Wels mit einer Gesamtsumme von € 88.012,72 exkl. 20 % Mehrwertsteuer wird an die Firma EWV Kontrollsysteme, D-89527 Giengen, Distelweg 9, vergeben.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

5.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Wels neu erlassen werden
(Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2011)
BauD-U-4-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 09.06.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 4 beigefügten Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2011 beschließen.

GR. Mag. Lipp: Der Referent hat ja in seiner Berichterstattung schon darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine Fortführung eines bestehenden Fördermodells handelt. Wenn man bedenkt, dass in den letzten 18 Monaten 258 Anträge auf Förderung gestellt wurden, so entspricht das immerhin einem Betrag von rund 425.000 Euro. Das ist sicher eine nicht zu vernachlässigende Summe.

Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, um unserem Herrn Vizebürgermeister Wimmer zu danken, der seinerzeit die Initiative ergriff, damit diese Förderung zustande kam. Und wenn man bedenkt, dass sich Wels als Energiehauptstadt bezeichnet, ist eine Schlussfolgerung darin zu sehen, dass man dieses Fördermodell weiter anwendet.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

6.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels
nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009;
Maßnahmen- und Finanzplan für das Arbeitsjahr 2011;
Genehmigung
SB-Awi-527-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 09.06.2011:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4609 Thalheim, Ägydiplatz 4, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan 2011 (Anlage 5) wird in einem Rahmen von € 56.885,-- mit den monatlichen Akontozahlungen von € 4.740,-- (alle Beträge zuzüglich USt., da vorsteuerabzugsberechtigt) genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung;
Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Stadt Wels und AGR
betreffend Sammelsystem für Altglas;
3. Vertragsmodifikation
SB-Awi-852-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 09.06.2011:

Die als Anlage 6 beigefügte Vertragsmodifikation zur Vereinbarung über die Sammlung von Altglas in der Stadt Wels mit der Austria Glas Recycling GmbH, 1020 Wien, Obere Donaustraße 71, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung;
Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Stadt Wels und ARA
betreffend Sammelsystem für Papierverpackungen;
Nachtrag
SB-Awi-852-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 09.06.2011:

Der als Anlage 7 beigefügte Nachtrag 2011 zur Vereinbarung über die Sammlung von Papierverpackungen in der Stadt Wels mit der ARA Altstoffrecycling Austria AG, 1062 Wien, Mariahilfer Straße 123, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung durch den Gemeinderat bezüglich Verbot des Campierens im Bereich des Welser Messegeländes und im Welser Volksgarten
DI-Verf-173-2011

Vzbgm. Dr. Wieser: Zu diesem Antrag (Anlage 8) ist zu sagen, dass die Rechtsposition der Stadt Wels im § 44, Absatz 4, des Statutes für die Stadt Wels sehr gut ausgeführt ist. Die Stadt Wels hat das Recht, ortspolizeiliche Verordnungen nach freier Selbstbestimmung zur Abwehr unmittelbar zu erwartender oder zur Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störender Missstände zu erlassen sowie deren Nichtbefolgung als Verwaltungsübertretung zu erklären.

Die Hintergründe für die Erlassung solch einer ortspolizeilichen Verordnung sind meines Erachtens durchaus bekannt.

Wir haben im § 1 dieser Verordnung definiert, dass sie für das Messegelände und den Welser Volksgarten im Bereich zwischen der Maria-Theresia-Straße, der Bauernstraße und der Pollheimerstraße zu gelten hätte. Damit wären also das gesamte Messeareal und der gesamte Volksgarten umschlossen.

Natürlich ist uns bekannt, dass es Ausnahmen hievon geben müsste, denn es finden dort Veranstaltungen nach dem Oö. Veranstaltungsgesetz statt, Zirkusveranstaltungen, Jahrmärkte, Messen und dergleichen. Da ist es notwendigerweise so, dass immer wieder Bedienstete der Aussteller mit ihren eigenen Wohnwägen kommen und am Ort ihrer Arbeitsstätte übernachten. Damit hat es in den letzten Jahrzehnten durchwegs funktioniert und es soll deshalb eine Ausnahme von dieser Verordnung geben.

Wichtig ist weiters, dass eine Strafbestimmung nach dem Verwaltungsstrafgesetz festgelegt wurde. Mit Geldstrafen bis zu 218 Euro können Personen, die gegen dieses Verbot verstoßen, bestraft werden.

Wenn es hier um gewisse Missstände geht, dann hat ja die Bevölkerung schon im Jahr 2007 besonders starke Missstände im westlichen Messegelände mitbekommen. Und im Jahr 2010 haben durchreisende Wohnwagengruppierungen das Gelände in einem Zustand verlassen, angesichts dessen man ohne weiteres von Missständen sprechen kann.

Im Jahr 2007 war eine unglaubliche Ausbreitung von Fäkalien im westlichen Teil des Messegeländes, im Bereich von Messeständen festzustellen. Umfangreiche Säuberungsarbeiten waren nachher notwendig. Im Jahr 2010 gab es ebenso derartige Verschmutzungen im Bereich des Volksgartens. Diese waren so „großartig“, dass die Dienststelle Bürgerservice offenbar im Auftrag des Bürgermeisters im Volksgarten Plakate aufhängte und sich namens der Stadt für die Verschmutzungen im Volksgarten entschuldigte und darauf hinwies, dass die Reinigung am nächsten Morgen erfolgen würde. Das Ankommen dieser Roma-Gruppen konnte leider nicht abgewendet werden, so wurde es plakatiert. Dann stand noch oben, dass sich das Reinigungsteam sehr

bemühen werde, den Volksgarten der Welserinnen und Welser wieder in einen ordentlichen Zustand zu bringen.

Aufgrund dieser Vorkommnisse gab es auch politische Wortmeldungen. Und der Herr Bürgermeister erklärte vor einem Jahr, dass solche Gruppen im Messegelände nicht mehr campieren dürfen. Na ja, heuer kamen sie doch wieder und es war die Entrüstung des Herrn Stadtrat Lehner hierüber medial zu verfolgen, der sich sehr enttäuscht über den Herrn Bürgermeister zeigte, der das wieder zuließ. So massiv war das im Volksgarten überhaupt noch nie zu beobachten. Vom 5. bis zum 13. Juni war diese Gruppierung hier in Wels. Vorerst ließ sie sich ganz massiv im Volksgarten nieder, um sich dann doch etwas zurückziehen und dann neuerlich verstärkt in den Volksgartenbereich einzudringen. Sie stellte Verschmutzungen in einem Ausmaß her, wo man sich fragen muss, wieso wir so etwas überhaupt notwendig haben. Wieso dulden wir es, dass dann nach Abreise dieser Gruppen sich Bedienstete der Stadt Wels um diesen Dreck kümmern müssen?

Es waren noch andere Vorkommnisse am Rande dieser Campingaufenthalte festzustellen. Abgesehen davon, dass das Gradierwerk als medizinische Einrichtung der Stadt Wels unter besonderen hygienischen Vorbehalten steht, wurde dieses Gradierwerk in einer Art beschmutzt, dass es nur mehr als grauslich zu bezeichnen war.

Im Tierpark haben Übergriffe im reinsten Sinn des Wortes stattgefunden. Im Vorjahr konnte das Wegtragen von Meerschweinchen beobachtet werden, was allerdings noch nicht das Schlimmste sein soll. Die innere Einstellung zu fremdem Gut ist daran aber auch irgendwo sichtbar.

Was sonst noch in der Bevölkerung besonders unangenehm aufgefallen ist – ich habe diesbezüglich massive Beschwerden, unter anderem mit dem Hinweis, den Herr Vizebürgermeister Wimmer einzuladen, das zu beobachten, der ja nie etwas in dieser Richtung bemerkt – das war das aggressive Betteln in Welser Gaststätten. Am Montag sind Angehörige dieser Campierergruppe in Welser Gaststätten gegangen und haben dort die Besucher zur Mittagszeit an den Tischen angebettelt. Das zusätzliche Problem dabei war jenes, dass die gar nicht mehr vom Tisch weggingen, bevor nicht irgendwer etwas spendete. In mehreren Lokalen der Stadt Wels konnte das festgestellt werden.

Dann gab es auch noch den Besuch etwa von Geschäften auf dem Stadtplatz, wobei in sehr aufdringlicher Weise angeboten wurde, Scheren oder Messer zu schleifen. Sagt man aber, dass man gar keine Schere oder gar kein Messer im Geschäft hat, gehen die Leute nicht gleich weg bzw. wird das nicht einfach akzeptiert, sondern es gibt dann noch gewisse Diskussionen im Geschäftslokal. Jedenfalls waren es insgesamt sehr störende Anlässe, die uns dazu brachten, zu solch einer Verordnung zu greifen.

Das Ganze ist auch deshalb unangenehm, weil ja der Volksgarten für die Erholung der Welser gedacht ist, während dieser Zeit des Campierens jedoch alles so zugeparkt oder verstellt ist, dass man nicht einmal mehr die Wege passieren kann und dass es rund um die Teichanlage schon nach wenigen Tagen nur mehr Verschmutzungen gibt. Und es wurde von Passanten beobachtet, die in der Nähe spazieren gingen, dass das Wasser von den öffentlichen Hydranten entnommen wurde, wobei ich gar nicht weiß, wie das eigentlich funktioniert. Ich weiß nicht, wer es beauftragt, dass öffentliche Hydranten angezapft werden können. Das hat jedenfalls stattgefunden und entsprechende Beschwerden hat es gegeben.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Erzählt wird, dass das alles Herr Dr. Rabl in Auftrag gegeben habe.

Vzbgm. Dr. Wieser: Man weiß natürlich, dass es bei solchen Zwischenrufen und Beschuldigungen des Herrn Dr. Rabl durch den Herrn Wimmer so ist wie bei irgendwelchen Gastgartengesprächen, das heißt, da stimmt auch nicht immer alles.

Insgesamt gesehen ist jedenfalls festzustellen, dass das Welser Messegelände und der Welser Volksgarten ganz einfach nichts mit einem Campingplatz zu tun haben. Diese Bereiche sind weder für solche Zwecke ausgerüstet bzw. geeignet noch ist dort das Campieren erwünscht. Mitten in der Stadt in dieser Weise campieren zu dürfen, das soll eben mit dieser Verordnung unterbunden werden. Deshalb glaube ich, dass solch einer Verordnung eigentlich nichts im Wege steht.

Ich möchte nun am Rande noch etwas anderes beleuchten, nämlich ihre Einschätzung der Dinge, Herr Bürgermeister. Sie haben ja, Herr Bürgermeister, gleich einmal medial verbreitet, was ich hier vorhabe und sie meinten, dass ich mich zuerst einmal vergewissern sollte, wenn ich irgendwelche Sachen vorbringe, also: Zuerst denken, dann reden. Sie meinten, dass in Zusammenhang mit diesen Roma-Aufenthalten keine rechtswidrigen oder strafwidrigen Vorkommnisse festzustellen seien. Nun, wenn jemand aus einer Grünanlage des Volksgartens eine Toilette macht, dann ist das sehr wohl strafbar. Probieren sie das selbst einmal irgendwo anders aus und wenn sie die Polizei beobachtet, werden sie sehen, dass diesbezüglich sehr wohl eine strafbare Handlung vorliegt. Selbst wenn sie meinen, das es sich beim Messegelände um ein Privatgrundstück handle, dann ist es genauso strafbar, unerlaubt zu campieren. Dabei handelt es sich um eine Besitzstörung, wobei mir schon bewusst ist, dass es gar nicht so leicht ist, Besitzstörungsklagen beim Bezirksgericht einzubringen, weil die Voraussetzung dafür irgendeine Rechtswidrigkeit darstellt. Aber wenn ich Morgen in irgendeinem fremden Garten mein Zelt aufstelle, dann handelt es sich um eine Besitzstörung bzw. um eine eindeutig rechtswidrige Handlung.

Was, glaube ich, ebenso mehr beobachtet werden soll, das ist die Tatsache, dass seitens der Welser Messe, wo ja hauptsächlich dieses Campieren stattfand, ein Nutzungsentgelt oder eine Kautions entgegengenommen wurde und die Messe dieses Campieren für acht Tage mehr oder weniger stark unterstützte, indem Toiletanlagen zur Verfügung gestellt wurden etc. Damit, Herr Bürgermeister – sie wissen das selbst ganz genau, weil sie doch etliche Jahre hindurch als Verwaltungsbeamter tätig waren – wurde die Welser Messe zum Unterkunftsgeber nach den Bestimmungen des österreichischen Meldegesetzes und damit entstanden für den Unterkunftsgeber gewisse Verpflichtungen. Wir haben bereits anlässlich des Besuchs der Roma im Jahr 2007 darauf hingewiesen, dass selbstverständlich die Messe die Verpflichtung hätte, die abgestellten Fahrzeuge aufzuschreiben, die Namen und Geburtsdaten der Leute aufzuschreiben, deren Herkunft etc. Wenn also die Welser Messe solchen Leuten eine Unterkunft gibt, dann ist sie nach den Bestimmungen des Meldegesetzes natürlich dazu verpflichtet, jederzeit der Polizei oder den Organen der Meldebehörde Auskunft darüber zu geben, wen sie beherbergt. Das ist Inhalt dieses Gesetzes, weil halt nun einmal der Staat oder die öffentliche Hand Bescheid darüber wissen möchte, wer wo wohnt oder wer sich gerade wo aufhält. Das ist mindestens genauso wichtig, wenn es sich um ausländische Staatsbürger handelt.

Ich weiß nicht, Herr Reindl-Schwaighofer, aber es schaut so aus, als ob sie das nicht besonders interessieren würde oder ob sie heute Nachmittag keine Zeit für diese Dinge hätten. Ich lade sie ein, sich das anzuhören, denn möglicherweise wissen sie über diese Dinge gar nicht Bescheid.

Vzbgm. Wimmer: Na ja, mit ihren langen Ausführungen wird es jetzt schon etwas nervig!

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich finde, das alles ist schon ganz interessant, denn immerhin, Herr Bürgermeister, sind sie ja auch Präsident der Welser Messe. Sie sind dort praktisch der Vorgesetzte und können somit leicht den Auftrag erteilen, dass das Meldegesetz in Zukunft auch von der Messe Wels einzuhalten ist. Vielleicht haben sie ohnehin beobachtet, dass seitens der Messe in den letzten Jahren sehr massiv gegen das Meldegesetz verstoßen wurde.

Nun, ich habe jetzt aber ohnehin schon die wesentlichen Dinge vorgebracht und ich halte nochmals fest, dass das Messegelände und der Volksgarten unserer Meinung nach nicht als Campingplatz zu sehen sind. Wenn sie, meine Damen und Herren von der SPÖ – von den GRÜNEN kann man diesbezüglich ohnehin nichts anderes erwarten – in der Vergangenheit immer wieder die Auffassung vertraten, dass man gegen dieses Campieren sowieso nichts machen könne, so unter dem Motto, dass sie halt da bleiben sollen, wenn sie schon einmal da sind, dann hätten sie künftig mit solch einer ortspolizeilichen Verordnung sehr wohl etwas Brauchbares zur Hand bzw. wäre damit die Polizei in der Lage, jederzeit einzuschreiten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Von ihnen sind ja sehr massiv Signale dahingehend ausgegangen, dass sie mit diesem Campieren im Welser Messegelände nicht einverstanden sind. Somit nehme ich an, dass es für sie keine Überwindung darstellen kann, diesem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Damit würden in Wels zu diesem Thema ordentliche Verhältnisse hergestellt. Ich bitte um ihre Zustimmung.

GR. LAbg. Dr. Csar: Wir haben jetzt einen ausführlichen Vortrag des Herrn Dr. Wieser zur sogenannten Roma-Verordnung gehört – ich glaube, anders kann man sie gar nicht bezeichnen – und ich möchte dazu seitens der ÖVP Position beziehen.

Eigentlich – wenn sie jetzt diese Verordnung einbrachten – geht es nicht mehr um das Problem der Roma und Sinti, die in Wels campierten, sondern es geht in dieser Verordnung einfach darum, das Campieren im Messegelände und im Volksgarten zu verbieten. Und bei allem Verständnis dafür, dass sie sich ärgern und dass sie das Problem der Roma und Sinti ansprechen wollen, ist es doch so, dass dieses Problem heute aufgrund der eingebrachten Verordnung nicht mehr das Thema ist.

Gestatten sie mir aber trotzdem, dass ich bezüglich Roma und Sinti etwas sage. Wenn wir schon so etwas vorhaben, dann müssen wir uns doch auch an der Nase nehmen und besonders auf die Sprache achten, die wir einfließen lassen. Wenn beispielsweise zu hören war, dass Roma und Sinti bei uns „eindringen würden“, dass „solchen Leuten Unterkunft gegeben wird“, dass zuerst das Denken steht und dann das Reden, dann spricht das für sich selbst. Ich möchte deshalb auf diese Dinge gar nicht mehr eingehen.

Wir haben zu diesem Thema ganz klar Position bezogen. Wir haben ganz klar gesagt, dass wir gegen ein Campieren auf diese Art und Weise sind.

Zur vorliegenden Verordnung selbst meine ich, dass sie ganz einfach und klar klingt. Wenn man sich aber genauer überlegt, was da drinsteht, denkt man auch daran, ob denn das überhaupt Hand und Fuß hat. Wie sagten sie zuerst? Erst denken, dann reden! Steht hier also im Verordnungsentwurf, dass das Campieren im Messegelände und im Volksgarten verboten sein soll, dann stellt sich die Frage, ob das heißt, dass es zulässig ist, etwa im Burggarten oder im Pollheimerpark zu campieren, weil eben diese Bereiche von der Verordnung nicht umfasst wären? So kann es doch bitte nicht sein! Da müssen wir noch darüber reden, was die FPÖ wirklich meint.

Es steht hier, dass die Mitarbeiter von Zirkussen oder von Betrieben, die auf Messeveranstaltungen oder sonst genehmigten Veranstaltungen tätig sind, von dieser Verordnung nicht betroffen wären. Aber das kann es doch auch nicht sein. Es gibt doch so viele Veranstaltungen bei uns in Wels und da können doch nicht alle Mitarbeiter dieser Veranstaltungen im Messegelände campieren. Bitte, das kann doch auch die FPÖ nicht wollen. Überlegen wir uns demnach alle, was wirklich dahintersteht und woran wirklich gedacht wird. Reden wir also noch genauer darüber.

Daher stelle ich seitens der ÖVP den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gst. Antrages an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. LAbg. Dr. Csar auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 8) an den Präsidial- und Integrationsausschuss zur weiteren Beratung wird mit

21 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 14 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

10.)

Angerlehner Museums- und Immobilien GmbH, 4609 Thalheim, Ascheter Straße 54;
Errichtung eines Museumsstegs zu einem Kunstmuseum;
Abschluss einer Fördervereinbarung
KB-K-50-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 16.06.2011:

Der Abschluss einer Vereinbarung (Anlage 9) zwischen der Angerlehner Museums- und Immobilien GmbH, 4609 Thalheim bei Wels, Ascheter Straße 54 und der Stadt Wels, Stadtplatz 1, 4600 Wels, über die Gewährung einer einmaligen Subvention in der Höhe von maximal € 400.000,-- exkl. MWSt. zur Errichtung eines Museumsstegs über die Traun und über den Aiterbach zur Erschließung eines Museums für zeitgenössische Kunst im ehemaligen Firmengebäude der Ferro-Montagetechnik, 4609 Thalheim bei Wels, Ascheter Straße 54, wird genehmigt.

GR. Josseck-Herdt: Wir Freiheitliche begrüßen die Errichtung dieses Kunstmuseums durch Herrn Kommerzialrat Angerlehner sehr. Wir haben schon seit langem, und das immer wieder, eine Kunsthalle für Wels gefordert, in der es einen Querschnitt von Werken österreichischer Kulturschaffender geben sollte. Als besonders geeigneten Standort für solch eine Kunsthalle haben wir immer wieder das Traunufer genannt. Dabei gebe ich zu, dass wir eigentlich an das Welser Traunufer dachten. Wenn aber jetzt Herr Kommerzialrat Angerlehner am Thalheimer Traunufer ein Kunstmuseum errichtet, ist das für Wels ebenfalls ein sehr glücklicher Umstand. Die Kunstwerke, die aus seiner Privatsammlung ausgestellt werden, sollen sehr beachtenswert sein, wie uns das jedenfalls Frau Dr. Miglbauer in der Kulturausschuss-Sitzung berichtete.

Dieses Kunstmuseum könnte somit nicht zuletzt für die Welser eine echte Attraktion darstellen. Allerdings bräuchten wir eine entsprechende Anbindung von Wels aus, eine direkte Verbindung von der Welser Seite hinüber zu diesem Standort des Kunstmuseums. Und diese Anbindung wäre eben mit diesem Steg über die Traun und den Aiterbach gegeben.

Es werden sich aber nicht nur Kunstliebhaber über diesen Steg freuen, sondern auch Menschen, die mit Kunst nichts am Hut haben. Letztere werden sich deshalb freuen, weil diesen Steg natürlich auch alle Fußgeher und Radfahrer benützen können, die auf der anderen Traunseite ihre Freizeit verbringen wollen. Der schmale Fußweg auf der Eisenbahnbrücke war nie eine echte Option. Schiebt man einen Kinderwagen oder ist man Rollstuhlfahrer, dann ist es nicht möglich, diesen Weg im Bereich der Eisenbahnbrücke zu nutzen. Deshalb sehen wir Freiheitliche in der Errichtung dieses neuen Steges einen zusätzlichen Schritt in Richtung Attraktivierung und Belebung des Traunufers, weshalb wir auch dieser Mitfinanzierung durch die Stadt Wels in Höhe von 400.000 Euro zustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Vorneweg möchte ich Folgendes sagen. Wenn wir das nächste Mal die Errichtung eines Weltraumbahnhofes auf die Tagesordnung geben, wird uns seitens der Freiheitlichen sicher erklärt, dass von ihnen schon lange die Errichtung eines solchen Weltraumbahnhofes gefordert wurde. Das ist nämlich der Zugang der Freiheitlichen zu den meisten Themen.

Ich komme jetzt aber zur Sache selbst. Ich denke mir, dass dieses Kunstmuseum eine hervorragende Ergänzung zum Angebot der Stadt Wels darstellt. Wir haben doch mit der Welser Messe, dem Tierpark, dem Welios, Riesenattraktionen und ich denke, dass es auch für den Einkaufsstandort Wels ein wichtiger Grund sein kann, in Zusammenhang mit diesem Museumsbesuch auch noch das Science-Center zu besuchen oder

irgendeinen Handelsbetrieb. Jedenfalls denke ich, dass das eine weitere Attraktivierung des Standortes Wels mit sich bringt.

Vzbgm. Eisenrauch: Als Kulturreferentin freue ich mich über die breite Zustimmung zu dieser Vorgangsweise und bitte um Zustimmung für diese Förderungsvereinbarung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

11.)

Caritas-Kindergarten der Stadtpfarre Wels, Fabrikstraße 6 – 8, Wels;
Abschluss einer Fördervereinbarung
KI-KiV-204-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 16.06.2011:

Der Abschluss einer Vereinbarung (Anlage 10) betreffend die Subventionshingabe der Stadt Wels für die Sanierung und Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtung in Wels, Fabrikstraße 6 – 8, zwischen der Stadt Wels und der Stadtpfarre Wels wird gemäß dem beiliegenden Entwurf genehmigt.

Einstimmig angenommen.

12.)

Österr. Kinderfreunde, Bezirksorganisation Wels;
Umbau und Erweiterung der Krabbelstube in Wels, Puchberger Straße 20;
Gewährung einer Subvention;
Änderung der Auszahlungsmodalität bzw. Abschluss einer Vereinbarung
KI-KiV-204-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 16.06.2011:

Der Abschluss einer Vereinbarung (Anlage 11) mit den Österr. Kinderfreunden, Bezirksorganisation Wels, betreffend die Subventionshingabe für den Umbau und die Erweiterung der Krabbelstube in 4600 Wels, Puchberger Straße 20, wird gemäß dem beige-schlossenen Entwurf genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

13.)

Gemeinn. Welser Heimstättengenossenschaft e.Gen.m.b.H.,
Wels, Laahener Straße 21 a;
Abschluss einer Vereinbarung betreffend
teilweise Übernahme des Baurechtszinses für das
Objekt „Betreubares Wohnen“ in Wels, Flurgasse 38
SO-SD-66-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 21.06.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und der Welser Heimstättengenossenschaft genehmigen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verein „Freiwilligenzentrum Wels“, Quergasse 1, Wels;
Abschluss einer Vereinbarung betreffend
Beauftragung mit dem Betrieb einer Einrichtung zur
Vermittlung und Begleitung von Freiwilligenarbeit in Wels
SO-SH-4053-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 21.06.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Vereinbarung zwischen der Stadt Wels, Wels, Stadtplatz 1 und dem Verein „Freiwilligenzentrum Wels“, Wels, Quergasse 1, betreffend eine Einrichtung zur Vermittlung und Begleitung von Freiwilligenarbeit in Wels, genehmigen.

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: Selbstverständlich ist die Freiwilligenarbeit ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und natürlich unterstützen wir Freiheitliche das Engagement von freiwilligen Mitarbeitern. Ich selbst bin in zwei Vereinen tätig und weiß daher gut zu beurteilen, was es heißt, quasi im Dienste der guten Sache tätig zu sein.

Betrachtet man sich diesen Amtsbericht zum „Freiwilligenzentrum Wels“ und den Verein selbst näher, sind allerdings schon einige Punkte anzumerken.

Der Verein „Freiwilligenzentrum Wels“ wurde im Jahr 2009 von einigen Personen gegründet, und zwar offenbar mit dem Hintergedanken, Vereinsarbeit zu koordinieren und Leute zu finden, die in diesen Vereinen tätig werden möchten. Übrigens vollzog sich das nicht besonders erfolgreich, wie auch schon Frau Stadträtin Huber sagte. Wenn man in 14 Monaten insgesamt 15 Kontakte zusammenbekommt, dann ist das

Zwischenruf StR. Huber: 55 Kontakte!

GR. Dipl.-Ing. Haydinger: umgerechnet pro Woche ein Kontakt. Dieser Verein war freiwillig und unentgeltlich tätig. Nun kommt aber der Verein auf die Idee und sagt: Ganz so freiwillig und unentgeltlich ist es eigentlich doch nicht und deshalb brauchen wir von der Stadt Wels 15.000 Euro pro Jahr.

Sieht man sich dann auch noch an, wer hinter diesem Verein steht, wird es wirklich interessant. Vorsitzender ist einmal der uns allen bekannte SPÖ-Gemeinderat Reindl-Schwaighofer. Dann gibt es einen Rechnungsprüfer, der zufällig auch aus der selben Fraktion kommt, nämlich Herr Gemeinderat Raimund Buttinger. Und auch noch einige andere in diesem Verein tätige Funktionäre bewegen sich im Dunstkreis der SPÖ.

Liebe Mitglieder der SPÖ-Fraktion! Für wie naiv halten sie eigentlich die anderen Parteien und die Welser Bevölkerung? Wie weit wollen sie denn diese Quersubventionierungen der SPÖ noch vorantreiben?

Abgesehen davon bin ich der Meinung, dass die Koordinierung der Freiwilligenarbeit eine Aufgabe der Stadt Wels ist und nicht jene von Vereinen, noch dazu wenn sie derart politisch gefärbt sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Freiheitliche werden diesem Antrag nicht zustimmen, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen deshalb, weil es eine Ungeheuerlichkeit darstellt, wie augenscheinlich hier Steuergelder an SPÖ-Vorfeldorganisationen quersubventioniert werden und zum anderen darum, weil ganz einfach Aufgaben der Stadt Wels auch künftig von der Stadt, also vom Magistrat erledigt werden sollen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es hat sich ja im Ausschuss bereits die Linie der FPÖ angekündigt. Es war nur insofern ein gewisses Problem gegeben, als die drei anwesenden FPÖ-Fraktionsmitglieder noch ein bisschen ratlos darüber waren, wie man denn eine Nichtzustimmung argumentieren könne. Man sagte halt: Wir werden uns jetzt einmal der Stimme enthalten, weil uns das nicht so gut gefällt. Tatsächlich wurde also nichts argumentiert, nichts gesagt.

So eine bodenlose Frechheit, was sie jetzt sagten! Es stellt eine bodenlose Frechheit dar, wenn sie sagen, dass ein Verein, der sich für die Welserinnen und Welser engagiert, eine Vorfeldorganisation der SPÖ darstellt. Wenn sie das so behaupten, dann müssen wir uns ansehen, bei welchen Vereinen FPÖ-Mandatare vorstehen. Da gibt es beispielsweise einen Fußballverein, dem ein FPÖ-Vizebürgermeister vorsteht, aber wir würden nie behaupten, dass deshalb dieser Verein als FPÖ-Vorfeldorganisation zu sehen ist. Wir wissen doch, dass sich in diesem Fußballverein Menschen ganz einfach organisieren und aktiv sind, sonst nichts. Es stellt also eine bodenlose Frechheit dar, wenn sie etwas konstruieren wollen, das in diesem Zusammenhang gar nicht gegeben ist.

Das Freiwilligenzentrum Wels wurde über Anstoß des Landes Oberösterreich gegründet, und zwar genauso wie das ULF, das „Unabhängige Landesfreiwilligenzentrum“, das als Verein agiert. In ganz Österreich agieren diverse Organisationen zur Förderung der Freiwilligenarbeit auf Vereinsbasis und genau den gleichen Weg haben wir in Wels eingeschlagen.

Wenn sie Zahlen oder Statistiken nennen, kann man es natürlich genauso machen, wie sie das getan haben. Nur ist es halt auch bemerkenswert, welche Tätigkeiten durch das

Freiwilligenzentrum entriert oder von Menschen, die Freiwilligenarbeit leisten wollen, in Form von Dienstleistungen für die Welserinnen und Welser erbracht wurden. So konnten sie beispielsweise anlässlich der Messeveranstaltung „Blühendes Österreich“ sehen, dass irrsinnig viele Menschen mit Rollstühlen unterwegs waren; dabei handelte es sich um eine Aktion des Freiwilligenzentrums. Und wenn sie in ein APH gehen, können sie sich ansehen, wie Freiwillige gemeinsam mit den Bewohnern irgendwelche Spiele machen. Sie können sich ansehen, wie Seniorenkaffees organisiert werden, wie Besuchsdienste mit Therapiehunden gemacht werden.

Ich denke mir, dass dieses Freiwilligenzentrum eine hoch erfolgreiche Angelegenheit darstellt und so erscheint es gerechtfertigt, wenn die Stadt diese Tätigkeit fördert. Und ich meine, dass es ein Armutszeugnis darstellt, die Arbeit der Freiwilligen so herunterzureden und diesem Antrag nicht zuzustimmen.

StR. Kroiß: Lieber Kollege Reindl-Schwaighofer! Du übertreibst wieder einmal ein wenig. Eines musst du dir jedenfalls gefallen lassen, nämlich den Umstand, dass hinterfragt wird, wohin diese 15.000 Euro gehen. Es ist sicher richtig, dass die ehrenamtliche Tätigkeit zum Rückgrat einer Gesellschaft gehört, aber wenn im Amtsbericht steht, dass die Stadt Wels diesen Verein beauftragt, diese Freiwilligentätigkeit durchzuführen, dann stellt sich gleich einmal die Frage, was man hier unter Freiwilligentätigkeit versteht. Es ist grundsätzlich sehr wohl möglich, dass ein Verein die Vermittlung von Freiwilligen durchführt, aber er macht eben selbst keine Freiwilligentätigkeit. Er führt eine Vermittlungs- und Beratungstätigkeit durch.

Ich glaube, es gibt in Wels 40 Sozialvereine und das Problem der Sozialvereine ist ja nicht jenes, dass sie nicht überparteilich Menschen vermitteln würden, sondern diese Sozialvereine haben wahrscheinlich viel eher das Problem, dass sich zu wenige Menschen finden, die eine soziale Freiwilligentätigkeit durchführen. Das ist meines Erachtens das Problem und nicht jenes, dass eine überparteiliche Plattform geschaffen werden müsste.

Und weiters glaube ich, dass es gegenüber den anderen Freiwilligen-Vereinen nicht vertretbar ist, unter dem Deckmantel der sozialen Hilfe 15.000 Euro auszuschütten. Das müssen sie einmal anderen Vereinen oder Organisationen wie der Hospizbewegung, der freiwilligen Schulwegpolizei, der Caritas, der Feuerwehr, dem Roten Kreuz erklären, dass sie hier 15.000 Euro dafür zur Verfügung stellen, dass bereits 19 Menschen ehrenamtlich arbeiten. Das müssen sie wirklich einmal diesen anderen Vereinen erklären.

Hätte man das bei der Sozial-Beratungsstelle des Magistrates angesiedelt, wo man ja ganz genau Bescheid weiß, welche Vereine es gibt und wo dringend Menschen benötigt werden – es wurde ja auch dieser Sozialratgeber ganz neu aufgelegt – dann wäre das wahrscheinlich viel einfacher gewesen.

StR. Dr. Rabl: Lieber Johnny! Ich glaube, dass du hier schon ein bisschen empfindlich reagierst. Immer dann, wenn es eine SPÖ-Vorfeldorganisation trifft – besonders arg ist es natürlich, wenn du selbst solch einer Vorfeldorganisation vorstehst – bist du gleich empört oder sonst etwas, nur weil wir ein wenig nachsticheln und schauen, was sich denn hinter dem Lack tatsächlich verbirgt. Und kratzt man den Lack ab, so ist es eben leider so, dass es immer rot hervorleuchtet. Und es hat auch noch einen guten Grund, warum dieses Rot hervorleuchtet. Du bist ja dafür bekannt, dass du den Klassenkampf

nicht nur in deinem eigenen Institut führst, sondern auch sonst überall, wo du etwas zu sagen hast. Das finde ich aber doch bedauerlich, weil gerade solche Vereine oder Organisationen dafür da sind, dass man unparteilich oder unparteiisch vorgeht und Vermittlungen in dieser Weise vornimmt.

An dieser Stelle möchte ich dir noch etwas mitgeben. Immer dann, wenn es darum geht, andere zu beschimpfen, etwa als ausländerfeindlich, rechtsextrem, wirtschaftsfeindlich oder sie als sonst etwas darzustellen, dann bist du nicht so empfindlich, aber wenn es um deine eigene Person geht, jammerst und jaulst du groß und schnell auf. Diese Empfindlichkeit ist etwas, das eigentlich nicht angebracht wäre.

Wir werden aber sehen, wie gut du das in der medialen Berichterstattung aushältst, wenn auch über dich derart nette Sachen berichtet werden und welches Klima dann insgesamt in diesem Gemeinderat entsteht, wenn es nur mehr heißt, dass der eine linksextrem sei – damit bist du gemeint – und der andere ausländerfeindlich und rechtsextrem. Also, wir werden uns ansehen, ob das ein sinnvoller Weg ist. Ich selbst bedaure diesen Weg, aber wenn er wieder einmal seitens der SPÖ beschritten wird – dies mit der Zustimmung des Herrn Bürgermeister und des Herrn SPÖ-Fraktionsvorsitzenden – dann soll es halt so sein. Wahrscheinlich wird sich dann das Klima nicht unbedingt zum Besten entwickeln. Wir können allerdings damit umgehen, was wir schon in der Vergangenheit bewiesen haben. Was es letztlich brachte, zeigte sich anhand des letzten Wahlergebnisses: Wir haben uns verdreifacht und ihr habt euch halbiert. Nur weiter so! Die Entwicklung, die sich aus verschiedenen ergibt, lässt sich jetzt schon vorzeichnen und ich kann nur sagen: Ihr seid auf dem richtigen Weg, aber nicht für euch, sondern für uns.

Insgesamt gesehen muss ich sagen, dass es bedauerlich ist, wenn immer mehr Bereiche oder Aufgaben von der Stadt Wels ausgegliedert werden, nämlich in SPÖ-Vorfeldorganisationen. Das beginnt bei der Kinderbetreuung und endet beim Freiwilligenzentrum. Die Integration und diverse Sozialvereine will ich hier gar nicht erwähnen. Ich glaube, dass die Stadt Wels durchaus in der Lage ist, diese Organisationen selbst zu führen und diese Aufgaben selbst wahrzunehmen. Der Magistrat steht aus meiner Sicht durchaus dafür, dass hoch qualitative Arbeit geliefert wird. Wir brauchen also keine SPÖ-Vorfeldorganisation für diese Arbeiten. Vielmehr sollten sie von der Stadt selbst erledigt werden, und zwar erstens objektiv, zweitens ordnungsgemäß, sparsam und zweckmäßig, womit die Sache Hand und Fuß hätte bzw. in Ordnung wäre.

StR. Huber: Zunächst einmal darf ich Herrn Gemeinderat Reindl-Schwaighofer für seine Ausführungen danken.

Zum Kollegen Rabl muss ich sagen: Ich kann einfach nichts dafür, dass die Freiheitliche Partei nicht so viele Organisationen hat, die sich einbringen könnten. Auf der anderen Seite machen etwa die Kinderfreunde oder das Hilfswerk eine hervorragende Arbeit und ich kann einfach nichts dafür, dass es das bei euch nicht gibt.

Für mich ist es so, dass die Wortmeldungen der Sprecher der Freiheitlichen Partei zum Freiwilligenzentrum wieder einmal für sich sprechen. Es geht ihnen nicht um die Leistungen eines Vereines für die Stadt, sondern um puren Populismus. Die Vereinbarung mit der Hingabe von jährlich maximal 15.000 Euro soll nämlich genau das ermöglichen, was sie jetzt ankreiden, das heißt, es soll ein Ausbau erfolgen. Bislang erhielt der Verein viel weniger und damit konnte eben weniger erbracht werden. Und

wie bereits im Ausschuss erklärt und im Amtsbericht dargestellt, geht es hier um viel mehr als nur um die Koordination.

Ich sage ihnen jetzt etwas, das mich direkt traurig stimmt. Ich war bei einem Superfest im Tierheim. Da waren etliche freiheitliche Funktionäre tätig. Man hätte schon fast das Gefühl bekommen können, dass man bei einer FPÖ-Veranstaltung ist. Mir wäre aber trotzdem nie der Gedanke gekommen, das Tierheim und dieses Fest nicht zu unterstützen, nur weil sich freiheitliche Funktionäre in den Dienst der guten Sache stellten. Im Endeffekt geht es nämlich um die Arbeit bzw. um die Leistungen und nicht immer darum, wer etwas macht.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte jetzt doch noch von der Vorsitzführung her sagen, dass sich alle Fraktionen selbst bei der Nase nehmen bzw. überlegen sollten, wenn sie sich über andere aufregen, wie sie sich selbst zu bestimmten Themen äußern. Wenn beispielsweise Herr Dr. Rabl sagt, dass er gewisse Dinge nicht haben will – darin gebe ich ihm grundsätzlich Recht – dass man sich also mit bestimmten Äußerungen derart negativ herablässt, dann muss er selbst damit anfangen, sich mehr Zurückhaltung aufzuerlegen.

Protestrufe!

Bgm. Dr. Koits: Insgesamt gilt dies aber für alle Fraktionen!

15.)

Einrichtung einer Skaterhalle im Welser Messegelände;
Grundsatzbeschluss
SF-J-143-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 21.06.2011:

Die Einrichtung einer Skaterhalle in der Messehalle 1L sowie in den dazugehörigen Räumlichkeiten mit einem Gesamtaufwand in Höhe von € 115.000,-- (inkl. Mehrwertsteuer) wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Helm: Vor 25 Jahren sind auch wir als Jungspunde auf diesen Skateboards herumgefahren und hätten uns ebenfalls solche Anlagen gewünscht. Ich selbst habe mir die bestehende Anlage im Schlachthof angesehen und muss sagen, dass diese wirklich

schon sehr stark ramponiert ist. Und ich habe mit den Jugendlichen gesprochen, die mir sagten, dass sie nach Linz oder Ried ausweichen müssten, wo aber die Hallen total überfüllt sind.

Vor allem freut es mich, dass sich die Jugendlichen an diesem Projekt beteiligten. Jedenfalls können wir diesem Projekt die Zustimmung geben.

GR. Ganzert: Auch wir von der Sozialdemokratischen Fraktion begrüßen diesen Grundsatzbeschluss zur Skaterhalle. Wir sind der Meinung – man braucht sich nur auf Facebook ansehen, was gepostet wird – dass es sich hierbei um eine wichtige und dringende Sache handelt. Es ist sehr begrüßenswert, dass seitens der Stadt auf moderne Medien zugegriffen wird, womit die Jugendlichen dort abgeholt werden können, wo sie sind, also beispielsweise im Internet.

Wir glauben weiters, dass mit der Messehalle ein sehr guter Standort gefunden wurde, weil damit eventuellen Belästigungen bzw. Ruhestörungen vorgegriffen werden kann.

StR. Huber: Ich danke für die positiven Wortmeldungen und hoffe nun auf eine breite Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

16.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
personelle Aufstockung der Ordnungswache
DI-Verf-168-2011

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 15 beigefügten Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion und ersucht darum, diesen in der nachfolgenden Diskussion mit einzubauen.

StR. Kroiß: Die Punkte 16., 17. und 18. betreffen alle irgendwo die Sicherheit in Wels. Und wie aus den Medien schon zu vernehmen war, werden in trauter Dreisamkeit die SPÖ, die ÖVP und die GRÜNEN unsere drei Anträge unter dem Schlagwort „Populismus“ ablehnen. Ich finde es schon etwas befremdend, dass man von vornherein diese drei Anträge medial ablehnt und auf die Wünsche oder Forderungen der Welser Bevölkerung gar nicht weiter eingeht. Ich komme jetzt aber zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Unter Punkt 16. der Tagesordnung geht es um die Aufstockung der Ordnungswache. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem Jahr 2009 versieht die Welser

Ordnungswache zur vollsten Zufriedenheit der Welser Bevölkerung ihren Dienst. Und die Welser Bevölkerung wünscht sich neben einer verstärkten Polizeipräsenz bzw. mehr Polizei auch eine verstärkte Präsenz der Ordnungswache. Grundsätzlich ist ja die Ordnungswache nicht nur für die Innenstadt gedacht, sondern sie sorgt auch in den Stadtteilen, so gut das eben aufgrund ihrer personellen Ressourcen überhaupt möglich ist, für Ruhe, Sauberkeit, Ordnung, aber auch, wie ich glaube, für Sicherheit. Man sieht daran, dass die damalige Entscheidung für die Installierung einer Ordnungswache eine richtige war. Damals wurde mit acht Männern und einer Frau begonnen, jetzt sind noch sieben Männer und eine Frau im Einsatz. Aufgrund dieser personellen Besetzung ist es natürlich nicht möglich, dass die Ordnungswache überall sein und dem Wunsch der Bevölkerung nach mehr Sicherheit nachkommen kann. Gerade im innerstädtischen Bereich erwarten sich die Welser mehr Präsenz der Polizei in Hinblick auf die Drogenproblematik und ebenso mehr Präsenz der Ordnungswache.

Wir sehen ganz einfach, dass die Ordnungswache eine wertvolle Unterstützung der Polizei im Interesse von mehr Ordnung, mehr Ruhe, mehr Sauberkeit ist, aber auch im Interesse von mehr Sicherheit in unserer Stadt. Wir sagen immer in Bezug auf die Sicherheit, dass es nur ein vernünftiges Miteinander mit klaren Zuständigkeitsbereichen geben kann. Wir wollen aber auch haben, dass sich eine aufgestockte Ordnungswache speziell um die Innenstadt bzw. hier speziell um die Drogenszene, die Drogenabhängigen kümmert, wofür sie eine Spezialausbildung erhalten soll. Wir sagen ganz einfach: Hier muss die Stadt Wels mit gutem Beispiel vorangehen. Gerade bei den Drogen muss die Devise lauten: Hinschauen statt wegschauen! Hier soll in Kooperation mit der Polizei die Drogenszene ständig beobachtet werden, Verstöße sollen dokumentiert und angezeigt werden.

Wir haben in unserem Antrag (Anlage 14) bewusst keine bestimmte Zahl festgesetzt, weil wir natürlich wissen, dass eine Aufstockung der Ordnungswache sehr viel Geld kostet. Aber wir meinen, im Endeffekt muss die Ordnungswache so aufgestockt werden, dass eine ausreichende Zahl von Ordnungswächtern vorhanden ist, um die vorherrschenden Probleme in den Griff bekommen zu können.

Den Antrag der ÖVP, die Tätigkeit der Ordnungswache zu evaluieren, sehe ich eigentlich nicht als einen Abänderungsantrag, sondern als einen eigenen Antrag. Wenn man meint, das Aufgabengebiet der Ordnungswache evaluieren zu wollen, dann hat das mit einer Aufstockung, wie sie in unserem Antrag vorgesehen ist, nichts zu tun. Ich ersuche sie daher um Zustimmung für unseren Antrag.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir werden diesen Abänderungsantrag, der von der ÖVP eingebracht wurde, unterstützen, wobei unser Augenmerk wirklich auf der Evaluierung liegt und das Ergebnis dieser Überprüfung offen sein muss. Danke!

Die Abstimmungen zu Punkt 16. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 15) wird mit

21 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 14 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Initiativantrag (Anlage 14) der FPÖ-Fraktion.

Vzbgm. Wimmer: Ich weiß nicht, Herr Bürgermeister, aber so wie ich es sehe, ist mit der Zustimmung zum Abänderungsantrag der Hauptantrag erledigt.

Der Bürgermeister stellt nach kurzer Beratung mit dem Leiter des Verfassungsdienstes fest:

Nach Auskunft des Verfassungsdienstes ist durch die Formulierung dieses Abänderungsantrages der Hauptantrag hinfällig und es braucht über diesen nicht mehr abgestimmt zu werden. Ich bitte um Kenntnisnahme!

17.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
grundsätzliche Genehmigung zur Erstellung eines Sicherheitskonzeptes
DI-Verf-169-2011

StR. Kroiß: Wer die Medienberichte der letzten Wochen und Monate mitverfolgte, weiß, dass das Thema Sicherheit in unserer Stadt ein großes Thema ist. Die Statistiken zeigen, dass die angezeigten Straftaten gestiegen sind. Und die statistischen Daten zeigen, dass sich im Bereich der Drogen die Situation massiv verstärkt hat. Wels ist oberösterreichweit Spitzenreiter bei den drogenabhängigen Einwohnern und Wels ist beim Drogenkriminalitätsbericht 2010 als das Zentrum für den Heroinhandel genannt worden.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn sie mit den Bürgern unserer Stadt sprechen, werden sie feststellen, dass die gefühlte Sicherheit in einem sehr engen Zusammenhang mit der Lebensqualität in Wels steht und diese derzeit im Keller ist. Sie werden auch feststellen, dass die Bevölkerungsgruppen verschiedene Sicherheitsempfindungen haben bzw. andere Schwerpunkte bei der Sicherheit sehen. Es ist deshalb dringend an der Zeit, zu erheben, warum das so ist. Es ist zwar relativ einfach, die objektive Sicherheit anhand von statistischen Daten herauszufiltern, aber die subjektive Sicherheit bzw. deren Empfindung macht eine genaue Analyse erforderlich. Diese Analyse ist ganz dringend notwendig, damit wir erfahren, auf welchen Plätzen sich die Welser fürchten – welche Angstplätze gibt es – und vor welchen Situationen die Welser Angst haben.

Ein Ergebnis dieser Analyse wird wohl sein, dass es einerseits polizeiliche Kompetenzen betreffen wird, andererseits Kompetenzen der Stadt Wels. Aber die Konsequenz aus dieser Analyse muss letztendlich sein, dass sowohl von der polizeilichen als auch von der kommunalen Seite Maßnahmen gesetzt werden, um die Sicherheit in Wels zu erhöhen.

Es tut mir leid, dass bei dieser letzten Umfrage, die vom Herrn Bürgermeister in Auftrag gegeben wurde, das Thema Sicherheit nicht gleich mehr hineingenommen wurde, denn da hätten wir bereits erste Ergebnisse und könnten schon etwas umsetzen.

In diesem Zusammenhang ist weiters interessant, Herr Bürgermeister, dass sie bereits im Juni 2008 den Auftrag an den Magistrat der Stadt Wels erteilten, ein umfassendes Sicherheitskonzept auszuarbeiten. Und in der Gemeinderatssitzung im Juli 2008 habe ich dann einige Fragen zu diesem Konzept gestellt und ihre Antwort war jene, dass die notwendigen Dinge mit den Fraktionen, der Bevölkerung und natürlich mit der Polizei zum gegebenen Zeitpunkt abgehandelt werden. Herr Bürgermeister, wir schreiben jetzt den Juli 2011 und wir haben dieses Sicherheitskonzept weder gesehen noch haben wir auch nur einmal darüber diskutiert. Wir glauben ganz einfach, dass es jetzt wirklich einmal dringend an der Zeit wäre, ein ressortübergreifendes Sicherheitskonzept ausarbeiten zu lassen, damit wir uns sehr wohl mit diesem Problem befassen können. Ich bitte daher um Zustimmung für den Antrag.

Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Kroiß! Schieben sie nicht immer die Verantwortung von der Polizei auf die Stadt! Für die Sicherheit ist nach wie vor die Polizei in unserer Stadt zuständig und sonst niemand! Daher ist die Polizei mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten und deswegen gibt es am 10. Oktober bei der Frau Innenministerin einen Termin, um diese Thematik bei ihr vorzutragen. Das nur einmal zur Information.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte mich bei dir, sehr geehrter Herr Bürgermeister, herzlich dafür bedanken, dass du die Initiative ergriffen hast und dass du zur Frau Ministerin fährst. Ich denke, wir müssen als Stadt dokumentieren, dass in dieser Republik bzw. in dieser Stadt die Polizei für die Sicherheit zuständig ist. Und jeder, der versucht, in wöchentlichen Aussendungen zu Sicherheitsfragen in dieser Stadt den Menschen etwas anderes vorzugaukeln, der gaukelt ihnen in Wirklichkeit ein Luftschloss vor, das nichts bringen wird. Das subjektive Sicherheitsgefühl können wir nur verbessern, wenn wir mehr Polizei im öffentlichen Raum haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es findet hier ein Wegschieben der Verantwortung statt. Wir wissen, dass wir mit den Polizeikräften in unserer Stadt unterversorgt sind und für mich ist es irgendwo bezeichnend, dass der Polizist in der FPÖ-Fraktion eigentlich sein eigenes Nest beschmutzen muss, nämlich das der Polizei und er argumentieren muss, was alles nicht passiert.

Sicherheit ist eine Aufgabe der Polizei. Und ich habe mir die Mühe gemacht, mir die Presseaussendung von Herrn Stadtrat Kroiß im Internet anzuschauen; vielleicht hat diese der eine oder andere ebenso gesehen. Nun, alles, was da aufgeführt ist, stellt eindeutig eine Aufgabe der Polizei dar und nicht der Stadt, auch nicht der Ordnungswache. Machen wir doch den Menschen nichts vor! Wenn die Polizei in Wels nicht über eine ausreichende Mann- oder Fraustärke verfügt, wird in der Nacht eine Unterversorgung an Polizeikräften gegeben sein. Wenn wir beispielsweise die Drogenlokale identifiziert haben, wird uns ein Sicherheitskonzept nichts bringen, wenn die Polizei dagegen nicht vorgeht. Es tut mir leid, aber es ist nun einmal notwendig, dass die Polizei in gewissen Bereichen einschreitet. Wir wissen, dass sich in der Stelzhamerstraße diese Lokale befinden, aber was wird gemacht? Nichts! Sie können am Tag dort hingehen bzw. vorbeigehen und es wird ihnen auffallen, dass sie dort nie etwas von der Polizei sehen. Ich persönlich habe dort noch nie eine Amtshandlung gesehen, wobei ich sagen muss, dass ich dort in unmittelbarer Nähe mein Büro habe. Ich denke, das ist das Problem in unserer Stadt.

Was hier die FPÖ-Fraktion mit dem Sicherheitsthema aufführt, stellt eine Schmutzkübelkampagne gegen unsere Stadt dar. Ich würde mich als Gewerbetreibender schön

bedanken, wenn der Wirtschaftsstandort von der FPÖ so niedergedredet und so niedergemacht wird.

Ich meine, wir müssen in dieser Frage an einem Strang ziehen und wir müssen die Innenministerin sowie die Landespolizeidirektion davon überzeugen, dass wir mehr Polizei brauchen. Es hilft uns allerdings in der Entwicklung in unserer Stadt nichts, wenn die Polizeiwachstube von der Neustadt in die Laahen verlegt wird, denn dort haben wir nicht so viele Menschen. Wir haben im Gegensatz dazu die Forderung nach Einrichtung einer Polizeiwachstube in der Noitzmühle gestellt, diesbezüglich wurde aber sofort abgewunken; das kann sich der Herr Polizeistadtkommandant nicht vorstellen, hieß es.

Ich denke, die Unterversorgung mit Personal bei der Polizei ist unser Problem und nicht der Umstand, dass wir kein Sicherheitskonzept oder keinen Sicherheitsbeauftragten haben. Darum werden wir als SPÖ-Fraktion diese Anträge ablehnen.

GR. Pernkopf: Zunächst etwas zu dir, Johnny! Ich weise mit aller Klarheit deine Aussage zurück, dass die Polizei wegschaut und nichts tut. Nur weil du das nicht wahrnimmst, heißt das nicht, dass sich nichts tut. In der Drogenbekämpfung wird beispielsweise verdeckt ermittelt und ich kann dir sagen, dass gerade erst vor zwei Wochen drei Groß-Dealer verhaftet wurden. Es wird unter massivem Einsatz unter Einbeziehung des Landeskriminalamtes und des Landesamtes für Verfassung – alles was da hineinspielt – gegen die Drogensituation gekämpft. Ich gebe zu – wir verschweigen das nicht – dass die Problematik gegeben ist, aber wegschauen tun wir von der Polizei aus sicher nicht. Einen Uniformierten hinzuschicken, das bringt in diesem Fall nichts, was man ja auch von der Betreuung auf der Straße her weiß.

Was allerdings ein großes Problem in diesem Bereich ist, das ist Folgendes. Wir zeigen sehr viel an, nur fehlen uns die Urteile. Das darf ich hier ganz deutlich sagen und es stellt das ebenfalls ein großes Problem dar, das aber nicht beim Innenministerium liegt, sondern woanders zu suchen ist. Ich will hier keine Schuldzuweisungen durchführen, aber das sind nun einmal Tatsachen.

Zu den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 17. und 18. – das Sicherheitskonzept und der Sicherheitsbeauftragte gehören klarerweise eng zusammen – darf ich zusammenfassend etwas sagen. Wir als ÖVP sehen die Sache so, dass eine klare Aufteilung da ist. Die Kriminalitätsentwicklung bzw. die Bekämpfung der Kriminalität stellt klarerweise eine Zuständigkeit der Polizei dar. Das Sicherheitspolizeigesetz und die StPO geben dafür die Grundlagen. Wir können ja nicht auf Luft arbeiten, sondern muss dieses Handeln vielmehr klar geregelt sein.

Die Sicherheits- und die Drogenproblematik stellen Querschnittsthemen dar. Hier kann man die Stadt Wels in der Verantwortung nicht einfach außen vor lassen. Aber wenn jetzt von euch, der FPÖ, eine Bestandsaufnahme gefordert wird, kann ich nur sagen, lieber Stadtrat Kroiß, dass wir schon wissen, worum es geht. Wir kennen die Problemfelder und wir wissen, dass wir da massiv etwas machen müssen. Und wir haben dazu sehr wohl die Polizeikräfte, nämlich im Gegensatz zu dem hier Gesagten. Und wir werden im Herbst mehr Personal bei der Polizei Wels haben, als das durch den systemisierten Stand ausgedrückt wird. Wir bekommen im nächsten und übernächsten Jahr noch mehr junge Kräfte nach Wels, nachdem wir ja wissen, dass es dort und da einen gewissen Handlungsbedarf gibt.

Geht es um die Sicherheit in unserer Stadt, so verweise ich auf den Sicherheitsbeirat, den es in Wels schon gibt. Herr Bürgermeister, sie sind der Vorsitzende dieses Sicherheitsbeirates und vielleicht könnte man einmal eine Evaluierung durchführen, einmal schauen, wann die letzte Sitzung stattgefunden hat oder wer dort die handelnden Personen sind. Vielleicht könnte man in diesem Sicherheitsbeirat einen gewissen Vorstoß machen.

Die Einsetzung einer bestimmten Person als Sicherheitsbeauftragten sehe ich nicht als Notwendigkeit an.

Wir als ÖVP werden somit beide Anträge ablehnen – die Anträge zu 17. und 18. – weil wir meinen, dass man nicht neue Gremien schaffen, sondern bestehende nur besser nutzen müsste. Das ist unser Zugang zu diesem Thema.

Vzbgm. Dr. Wieser: Natürlich ist es so, dass das Thema Sicherheit in den Gemeinderatsdebatten nichts Neues darstellt. Dieses Thema kann schon deshalb nichts Neues darstellen, weil es ja eigentlich ständig um die Sicherheit geht; das war in der Vergangenheit so und wird wohl auch in Zukunft so sein.

Ich bin jetzt ein wenig enttäuscht von Herrn Gemeinderat Reindl-Schwaighofer, wenn er dieses kommunalpolitische Thema so eingeengt sieht. Es genügt schon, würde er sich im Internet ein bisschen spielen. Da würde er dann sehen, von wem aller kommunalpolitische Sicherheitskonzepte in ganz Europa mitentwickelt werden, natürlich gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden bzw. mit der Polizei. Es ist nämlich so, dass zum Ersten die Kommunen die verschiedenen Probleme haben und zum Zweiten die Möglichkeiten, die Polizei in ihrer Arbeit zu unterstützen. Wir wissen beispielsweise – das ist ein großes Anliegen unsererseits und man kann so etwas in anderen Städten sehen – dass Videoüberwachungen in vielen Bereichen der Polizei sehr helfen würden, nämlich bei der Aufklärungsarbeit; dies auch in Wels, wo sie ja gar nicht so schön ist. Aber mit einer unglaublichen Vehemenz und Beständigkeit lehnen sie eine Videoinstallation ab, trotzdem die Schauplätze möglicherweise doch immer wieder die gleichen sind.

Was sich beispielsweise am Stadtplatz so in der Früh abspielt, dazu genügt schon ein kleines bisschen Anwesenheit, um zu wissen, was sich da tut.

Als Kommune haben wir durchaus Möglichkeiten, der Polizei zu helfen und damit auch der Bevölkerung. Es gibt beispielsweise Städte, welche finanziell diverse Sicherheitsmaßnahmen unterstützen, die die Bevölkerung ergreift. Ortspolizeiliche Verordnungen in bestimmter Richtung könnten mithelfen, etwas zu bewirken. Ich kann mich noch an die Zeit vor etwa 15 Jahren erinnern, nämlich daran, dass damals New York den Ruf hatte, eine der unsichersten Städte in ganz Amerika zu sein. Es wurde geraten, ab 8 Uhr abends nicht mehr auf die Straße zu gehen etc., weil eben die Sicherheitsverhältnisse in New York bereits derart katastrophal waren. Damals fanden sich aber in dieser Stadt ein Polizeidirektor und ein Bürgermeister und man kann sagen, dass es gemeinsame Aktionen zwischen Stadt und Polizei schafften, dass New York heute wieder zu den sichersten Städten zählt und dass man dort auch wieder des Nachts spazieren gehen kann.

Herr Reindl-Schwaighofer! Schauen sie bitte einmal nach im Internet. Sie werden so viele Beispiele aus deutschen Städten vorfinden, wie es dort mit gewissen Maßnahmen funktioniert. Man könnte sich dort etwas anschauen, statt nur zu sagen, dass uns die

Sicherheit nichts angeht und wenn die Polizei zu wenig Leute hat, dann habe uns das als Kommune nicht zu interessieren. Bitte, das ist doch eine völlig altmodische Auffassung von Kommunalpolitik. Sie sind doch ein aufstrebender Politiker, der noch vieles erreichen will und so sollten sie die Zukunftsthemen doch etwas tiefer behandeln.

Direkt lustig war, dass der Kollege Pernkopf die Dinge auf die Justiz abschob. Andererseits könnte man dort oder da sicher andere Wege gehen. Wenn ein Jugendlicher erst fünf Mal etwas anstellen und zuerst vom Staatsanwalt drei Mal verwarnt werden muss, worauf er ebenso oft ungehindert bei der Tür hinausgehen kann

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Du bist ja selbst ein Staatsanwalt!

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich habe das Gesetz vollzogen, Herr Kollege Wimmer! Ich habe also die Gesetze nicht gemacht, nur die Arbeit!

Im Gegenteil dazu könnte man auch sagen: Wenn ein Jugendlicher etwas anstellt, soll er gleich einmal am Wochenende das Gefängnis kennenlernen, damit er weiß, was ihn in Zukunft erwartet, wenn er noch Größeres anstellt. Es hat doch keinen Sinn, wenn Jugendliche die Polizei nicht mehr ernst nehmen. Die Polizei hat zwar die Arbeit, aber die Jungen laufen gleich wieder frei umher.

Also bitte! Es ist ein Zusammenarbeit der Kommune mit der Polizei gefragt. Es soll ein Sicherheitskonzept entworfen werden. Und der Sicherheitsbeirat ist ein Gremium, das durchaus öfter tagen könnte. Bei entsprechender Zusammenarbeit würde uns schon etwas einfallen und wir könnten gemeinsam etwas tun.

Bei uns in Wels geschieht jedoch das Gegenteil. Da werden gleich einmal unsere FPÖ-Anträge medial abgelehnt, so nach dem Motto, dass alles, was von den Freiheitlichen kommt, eigentlich gar nicht interessiert und natürlich alles abzulehnen ist; hinterher wird einem schon irgendeine Begründung für die Ablehnung einfallen, auch wenn sie noch so dürftig ist.

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Wieser, ich hätte noch eine kleine Aufklärung. Der Bürgermeister von New York ist gleichzeitig der Chef der dortigen Polizei. Das ist halt der Unterschied und wir sollten bei dieser Gelegenheit doch wissen, wovon wir reden, wenn solche Dinge in den Raum gestellt werden.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich glaube, zum Sicherheitsthema braucht man nicht viele Worte zu verlieren, denn selbst der Welser Polizeichef, übrigens auch Chef von Herrn Stadtrat Kroiß, sagte in einem Zeitungsinterview, dass er kein Sicherheitsproblem für Wels sieht. Wer sieht also neben der Kronen Zeitung noch die Sicherheitsprobleme? Das ist eigentlich nur die Freiheitliche Partei. Und wir reden dann diese Probleme so lange herbei, bis es sie tatsächlich gibt.

Worauf ich nun aber doch etwas näher eingehen möchte, das ist dieser Antrag. Dieser Antrag ist ja rein sprachlich schon ein derartiger Unsinn, dass man ihm einfach nicht zustimmen kann. Da steht wörtlich: „Um der Kriminalitätsentwicklung und den jüngsten Vorfällen in Wels entgegenzuwirken, fordern die Welser Freiheitlichen“ Tatsache ist aber, dass es Vorfälle so an sich haben, dass sie schon passiert sind und man ihnen nicht mehr entgegenwirken kann; das wird einfach nicht funktionieren.

Dann steht hier etwas von „polizeipräventiven Maßnahmen“. Nun, ich kenne suchtpreventive Maßnahmen, demnach solche, die irgendeiner Sucht vorbeugen sollen, aber ich kenne keine „kriminalpräventiven Maßnahmen“, also Maßnahmen, die der Kriminalität vorbeugen sollen. Und „polizeipräventive Maßnahmen“ könnten wohl nur solche sein, die der Polizei vorbeugen wollen, was wir aber, glaube ich, nicht haben wollen.

Und jetzt komme ich noch zum dritten kleinen sprachlichen Problem in ihrem Antrag, aber vielleicht handelt es sich hier gar nicht um ein sprachliches Problem. Jedenfalls fordern sie die Ergreifung „repressiver Maßnahmen“. Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei! Wissen sie, was „repressive Maßnahmen“ sind? Das sind normalerweise Maßnahmen, wie sie nur eine Militärdiktatur im tiefsten Afrika setzt oder wie sie im 19. Jahrhundert Fürst Metternich in Österreich durchsetzte. So etwas wollen sie tatsächlich in Wels haben?

Sie fordern die Video-Überwachung und vielleicht fordern sie dann noch die Zensur und das Spitzelwesen.

Ich meine, man sollte schon versuchen, die Worte so zu wählen, dass doch noch demokratiepolitisch einigermaßen vertretbare Anträge dabei herauskommen.

GR. Schönberger: Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung der Stadt Wels ist uns ein zentrales Anliegen. Aber dass beispielsweise ein Stadtrat gegen das Drogenproblem nicht vorgehen kann, das wird uns wohl allen bewusst sein.

Ich selbst bin in einer kleinen Gemeinde mit 1.600 Einwohnern groß geworden und es hat dort drei Gendarmen gegeben, die allen bekannt waren. Warum? Diese waren ganz einfach omnipräsent, nachdem sie zu Fuß unterwegs waren. Ich selbst wohne jetzt aber schon 20 Jahre in der Straubinger Straße und ich muss ihnen sagen, dass ich dort nie wirklich nie einen Polizisten patrouillierenderweise zu Fuß gehen sah. Wenn also die Polizisten nur schnell irgendwo mit dem Auto durchfahren, kann bei der Bevölkerung kein positives subjektives Sicherheitsempfinden da sein. Man kann doch aus einem relativ schnell fahrenden Streifenwagen heraus nichts wahrnehmen, auch nicht mit einem noch so scharfen Auge, wie eben unsere Kollegen von der Polizei eines haben.

Somit meine ich, dass es schön wäre, würden die Mitarbeiter der Polizei wieder auf Streife gehen. Die Bevölkerung würde dann wahrnehmen, dass die Leute von der Polizei da sind, etwas sehen, beispielsweise wenn einer um die Ecke springt, aus welchem Grund auch immer. Aus dem Auto heraus wird halt so etwas nicht funktionieren. Bevor wir also immer wieder neue Gremien gründen, in denen über solche Dinge diskutiert wird, würde ich schon darum bitten, einfach zu sagen: Raus aus den Büros, raus auf die Straßen und vor allem raus aus den Autos, wobei ja die Wege gleich weit sind, egal ob man sie zu Fuß oder mit dem Auto bewältigt. Gehen aber die Polizisten mehr zu Fuß, können sie auch wesentlich mehr wahrnehmen. Das ist eigentlich meine Bitte an die Kollegen bei der Polizei: Vielleicht kann der eine oder andere Weg doch zu Fuß bewältigt werden, nicht nur mit dem Auto.

StR. Kroiß: Es gab jetzt sehr viele Wortmeldungen und ich beginne mit der Beantwortung fast bei der letzten.

Herr Kollege Teubl, nur ein kleines Beispiel: Man kann aus Vorfällen lernen und sich verbessern. Der Unterschied zwischen „präventiv“ und „repressiv“ ist Folgender. Wenn

sie mit ihrem Fahrrad dahinfahren und beim Abbiegen ein Handzeichen geben, weil dort ein Inspektor steht, dann haben sie präventiv gehandelt. Geben sie aber trotzdem kein Handzeichen und sie werden bestraft, dann hat das eine repressive Wirkung. Das ist ganz einfach und das gibt es nicht nur in Militärdiktaturen.

Ich danke dem Herrn Kollegen Pernkopf, der durchaus viele positive Dinge brachte. Ich weiß nur nicht, ob ich es richtig verstanden habe, wonach die Polizeikräfte in Wels über den Dienststellenplan hinaus aufgestockt werden sollen?

GR. Pernkopf: Das ist richtig!

StR. Kroiß: Gut!

Zum Kollegen Johnny Reindl-Schwaighofer möchte ich sagen, dass ich kein Nestbeschmutzer bin. Das bin ich mit Sicherheit nicht, sondern ich zeige nur auf, dass es auf der einen Seite polizeiliche Kompetenzen gibt, aber sehr wohl auch kommunale Kompetenzen. Der Kollege Pernkopf hat ja versucht, die Dinge herauszuarbeiten. Wenn man beispielsweise die echten Dealer erwischen will und muss, kann ich mich natürlich nicht einfach irgendwo in Uniform hinstellen.

Und es wurde gesagt, wir würden den Wirtschaftsstandort Wels schlechtreden. Nun, die Vorhaltungen kommen ja besonders stark aus der Wirtschaft, denn falls etwas die Junkies bzw. Drogenabhängigen irgendwo in der Stadt herumhängen, dann ist eben der Wirtschaftsstandort gefährdet. Dies allerdings nicht etwa deshalb, weil wir gewisse Dinge vorbringen, sondern weil es tatsächlich so ist. Und was eben so ist, das soll bekämpft werden.

Herr Bürgermeister! Wenn sie feststellen, dass die Polizei für die Sicherheit zuständig ist, dann muss ich schon sagen, dass Sicherheit auch eine Bürgermeisterpflicht darstellt. Warum hätten sie denn sonst im Jahr 2008 den Auftrag gegeben, ein Sicherheitskonzept auszuarbeiten? Ich glaube schon, dass hier beide Seiten betroffen sind, nämlich sowohl die kommunale als auch die polizeiliche Seite. Und daher ersuche ich um ihre Zustimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 16) wird bei

10 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 21 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Die Gemeinderäte Buttinger, Hoflehner, Mag. Humer und Schatzmann sind bei der Abstimmung zu Punkt 17. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

18.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einrichtung eines Sicherheitsbeauftragten der Stadt Wels
DI-Verf-170-2011

StR. Kroiß: Natürlich werden viele polizeiliche Dinge gleich an die Polizei herange-
tragen, speziell dann, wenn es um Akutfälle geht. Es gibt aber genauso viele Anliegen
oder Ersuchen seitens der Bevölkerung, die an die Stadt Wels herangetragen werden
oder direkt an die Politik. Und wir glauben, dass es schon einen Sinn hätte, wäre bei der
Stadt Wels ein Ansprechpartner für Sicherheitsfragen vorhanden, wobei das Aufgaben-
gebiet bestimmt ein sehr breit gefächertes wäre, was wir bereits im Antrag darstellten.

Um das Ganze abzurunden, möchte ich noch Folgendes sagen, nachdem das medial
so dargestellt wurde. Es hieß, dass die Forderung nach Einrichtung eines Sicherheits-
beauftragten eine Kritik in Richtung Bürgerservice wäre. Das mit Sicherheit nicht! Das
Bürgerservice unterstützt uns alle wirklich hervorragend, leistet eine sehr gute Arbeit
und es stellt unsere Forderung in keinsten Weise eine Kritik an unserer Dienststelle
Bürgerservice dar und auch nicht am Leiter dieser Dienststelle.

Der Initiativantrag (Anlage 17) wird bei

10 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)
gegen 21 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Die Gemeinderäte Buttinger, Hoflehner, Mag. Humer und Schatzmann sind bei der
Abstimmung zu Punkt 18. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

19.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Erlassung von Richtlinien
für den Erwerb von Traditionsgasthäusern und deren Betrieb durch Dritte
DI-Verf-172-2011

StR. Dr. Rabl: Der nächste Initiativantrag (Anlage 18) der Welser Freiheitlichen beschäf-
tigt sich mit dem Erwerb von Traditionsgasthäusern und deren Betrieb durch Dritte. Es

hat sich gezeigt, dass in Linz ein sehr erfolgreiches Modell entwickelt wurde. Wenn Traditionsgasthäuser, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr lebensfähig waren, sprang die Stadt Linz ein, erwarb die entsprechende Liegenschaft und versuchte in der Folge, bestmöglichen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen bzw. wurde dem Ideenfinder das Gasthaus sozusagen überlassen, natürlich gegen Zahlung einer gewissen Pacht. Dieses Modell war so erfolgreich, dass die Stadt Linz mittlerweile der größte Gastronomiebetreiber in Linz ist. Und es gibt in Wels durchaus Fälle, wo man sagen könnte, dass die Übernahme eines solchen Modells Sinn machen würde. Aus meiner Sicht heraus ist es nämlich nicht zielführend, wenn Gasthäuser aufgelassen und statt dessen Kebab-Buden errichtet werden. Man sollte schon auch darauf achten, dass die österreichische Traditionsküche weiter Bestand hat und deshalb der Erhalt entsprechender Gasthäuser durch die Stadt Wels erfolgen sollte.

Ich glaube also, dass der gegenständliche Antrag ein in Linz angewandtes Erfolgsmodell beinhaltet, wobei dieses Modell in Linz zugegebenermaßen von der SPÖ kommt. Jedenfalls glaube ich, dass dieses Erfolgsmodell auf Wels übertragbar ist, nachdem Wels eine ähnliche Struktur hat, wenngleich in kleinerem Rahmen. Es gibt jetzt schon zahlreiche Gaststätten in Wels, auf die man dieses Erfolgsmodell anwenden hätte können.

StR. Lehner: Lieber Andreas! Ich bin ein bisschen verwundert, dass du Linzer Erfolgsmodelle hier im Welser Gemeinderat einbringst, denn gerade die letzten Wochen zeigten uns, dass Linz nicht überall ein Vorbild ist. Und ich denke, speziell in diesem Punkt ist Linz ebenfalls nicht Vorbild für uns. Persönlich vertraue ich auf Unternehmerpersönlichkeiten, auf die Wirte und Wirtinnen, welche die Gaststätten betreiben. Und kommt es zu einem Wechsel – es ist beispielsweise eine natürliche Sache, dass jemand in Pension geht – ist es möglicherweise wichtig, zu helfen, wenn es darum geht, einen neuen Gastronomen zu finden, der dann für sich selbst ein Konzept dahingehend entwickelt, wie er diese Gaststätte künftig betreiben will. Bei der Umsetzung dieser Idee oder des Konzeptes kann man ja unterstützend tätig werden.

Einfach den Erwerb einer Immobilie durchzuführen, ohne dahinter ein Konzept zu haben, das finde ich allerdings nicht sehr zielführend. Ich halte es wirklich für falsch, dass die Stadt Wels Eigentum erwirbt und dann Pächter sucht. Wir haben ja als Stadt de facto einige Gastgewerbebetriebe, die wir vermietet bzw. verpachtet haben, beispielsweise hier in der Stadthalle, bei der Kunsteisbahn oder auch an anderen Plätzen und ich meine, dass wir schon mit genug Aufgaben versehen sind. Richtig ist allerdings, dass es durchaus einige traditionell wichtige Gasthäuser in Wels gibt. Ich selbst kenne einige, wo mir wirklich leid wäre, falls diese nicht mehr in der jetzigen Art existierten und kommt es hier zu Übergaben, muss man sich den konkreten Fall anschauen – falls überhaupt erforderlich – und nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Solche Lösungen können aber nur mit Hilfe von Persönlichkeiten funktionieren, die ein Konzept dahinterlegen und dazu bereit sind, sozusagen ein traditioneller Wirt zu werden. Vor diesen Menschen, diesen Unternehmern, habe ich größten Respekt und die müssen wir als Stadt Wels unterstützen.

GR. Haböck: Die Linzer Beispiele wurden vom Kollegen Lehner schon angesprochen. Es scheint so, als würde Stadtrat Dr. Rabl auf den Spuren des Linzer Stadtrates Mayr wandeln, wobei ich es einmal unkommentiert lasse, ob das in der heutigen Zeit so eine gute Idee ist.

Faktum ist, das die Stadt Linz über 20 Gastronomiebetriebe hat bzw. sind es insgesamt 46, wenn man auch noch die Gastronomiebetriebe an gewissen Stätten in Linz dazu zählt, etwa jene an den Badeseen der Stadt Linz. Damit ist die Stadt selbst größter Gastronomiebetreiber in Linz, wobei es diesbezüglich durchaus Probleme und kritische Stimmen gibt. Erst kürzlich gab es dazu einen Artikel in der Presse, der sich kritisch mit diesem Thema auseinandersetzte. Da gibt es beispielsweise Probleme in der Verpachtung, weil sich Lokale teilweise gegenseitig Konkurrenz machen. Da gibt es etwa in der Nähe der Donau ein Lokal, das keinen Pächter findet, weil zwei andere stadteigene Lokale gut funktionieren.

Und auch wenn der Linzer Stadtrat Mayr sagt, Linz würde aus der Verpachtung Geld einnehmen, soll man schon darauf hinweisen, dass sich der Schuldenstand der Stadt Linz in den letzten Jahren verfünffachte. Rein aus budgetärer Sicht halte ich diese Situation für schwierig.

Es stellt sich weiters die Frage, zu welchem Zins die Vermietung oder Verpachtung erfolgen sollte. Sollte vielleicht wie in Linz der marktübliche Zins verlangt werden? Würde also die Stadt Wels quasi Immobilien wegnehmen und selbst zum marktüblichen Preis vermieten – das wäre, tut mir leid, eine Art von Staatswirtschaft, die ich auf jeden Fall ablehne – oder würde zu einem „besseren“ Zins vermietet? Geschähe Letzteres, würden sich die Wirte in Privathäusern schön bei ihnen bedanken, nämlich dafür, dass es zuerst Wirte gab, deren Gaststätten nicht so gut funktionierten und dass dann neue Mieter in einer Weise unterstützt werden, dass es plötzlich besser geht. Auf der anderen Seite müssten sich andere Wirte, etwa erfolgreiche Innenstadtwirte, von denen es ebenfalls genug gibt, auf dem privaten Markt behaupten.

Für mich persönlich stellt sich aber auch ein ideologisches Problem. Wir haben ein Freudestrahlen in ihren Augen gesehen, als sie verkündeten, dass die Stadt Linz in Linz der größte Gastronomiebetreiber ist. Ich frage jetzt aber, ob es wirklich ihre Art von Wirtschaftsauffassung ist, dass die Stadt Wels oder die öffentliche Hand Gastronomiebetriebe in diesem Maße führen soll. Meine persönliche Meinung ist jene, dass sich die öffentliche Hand auf die Kernaufgaben zurückziehen hat. Das beinhaltet, dass sie sich aus der Wirtschaft, konkret aus der Gastronomiewirtschaft so weit wie möglich zurückziehen hat bzw. dass sie davon die Finger zu lassen hat. Auf der anderen Seite wundert es mich doch ein wenig, wenn das jetzt so zum Ausdruck kommt. Zwar hätte ich ihnen ein etwas größeres marktliberaleres Gedankengut zugetraut, aber nachdem vor einigen Jahren dem Namen „Freiheitliche Partei“ die Bezeichnung „Sozialistische Heimatpartei“ hinzugefügt wurde, ist es so, dass mich derartige Vorschläge überhaupt nicht mehr wundern. Wir lehnen auf jeden Fall diesen Antrag ab.

GR. Prof. Mag. Teubl: Nach diesem flammenden Appell in Richtung Neoliberalismus möchte ich doch ein paar andere Gedanken einbringen.

Die grüne Fraktion unterstützt diesen freiheitlichen Antrag und, Herr Gemeinderat Baumgartner, mir wird es in weiterer Folge nicht so gehen wie ihnen seinerzeit, als sie einen Antrag der GRÜNEN unterstützten und deshalb tagelang nicht schlafen konnten. Ich werde also guten Gewissens sein, denn wir von den GRÜNEN finden, dass es sich hierbei um eine gute Idee handelt.

Die Stadt Linz hat jedenfalls für einige Standorte bewiesen, dass nur auf diese Art, wie es hier vorgeschlagen wird, Gaststätten gesichert werden können. Ob wir andererseits

damit irgendwelche Traditionsgasthäuser in Wels retten können, das bezweifle ich bzw. ist es dazu wahrscheinlich schon zu spät, denn die meisten Traditionsgasthäuser sind schon verschwunden. Aber die wenigen noch vorhandenen Traditionsgasthäuser zu retten, das wird wahrscheinlich eine Aufgabe sein, die nur die Stadt vernünftig zu leisten imstande ist.

Bei dieser Sache geht es allerdings nicht darum, dass die Stadt zum Wirt werden soll. Vielmehr soll die Stadt verhindern, dass dort, wo sich eine Gaststätte befindet, plötzlich etwas anderes hineinkommt bzw. eine Gaststätte mit ihrem ganzen Ambiente oder Lokalkolorit auf einmal verschwindet. Das zu verhindern, das halten wir sehr wohl auch für eine Aufgabe der Wirtschafts- und der Tourismusförderung bzw. als sinnvolle Maßnahme für die Stadt Wels.

Vzbgm. Wimmer: Eigentlich wollte ich mich zu diesem Punkt nicht zu Wort melden, aber die neoliberalen Ausführungen des Kollegen Haböck sind doch in einigen Punkten zu hinterfragen.

Das geht in Richtung „weniger Staat, mehr privat“, wenn ich mir aber die Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise vor Augen führe, die wir ja noch immer nicht ganz überwunden haben, dann war es doch gerade die ÖVP auf Bundesebene, die mit Staatshilfe ganz massiv eingriff. Ich möchte hier gar nicht die europäische, sondern nur die österreichische Dimension aufzeigen. Das heißt also, dass es durchaus Momente oder Zeiten geben kann, in denen der Staat ein besserer Wirtschaftler ist als die Privaten. Wir konnten ja die Dinge in den letzten zwei Jahren ganz genau verfolgen. Die Rettungsmaßnahmen – ich verweise hier nur auf das Land Kärnten und die dort ansässige sowie allseits bekannte Hypo Alpe Adria – haben ja Bände gesprochen. Ohne die Maßnahmen der Bundesregierung hätte nicht nur diese Bank den Geist aufgegeben, sondern eine Fülle von Betrieben, die sich im Umfeld betätigen, wäre ebenfalls betroffen gewesen; es leben ja im Prinzip etliche Betriebe von dieser Bank.

Grundsätzlich zu sagen, der Staat sei der schlechtere Wirtschaftler und deshalb solle er sich aus allem zurückziehen, das halte ich somit für grundlegend falsch. Es gibt sehr wohl Bereiche, wo der Staat intervenieren muss, etwa dort, wo es um das Gemeinwohl geht. Diese Haltung war eigentlich Konsens in der 2. Republik, aber ich sehe, dass nun Teile der ÖVP von dieser Konsenslinie abweichen. Wahrscheinlich werden sie demnächst einen Antrag dahingehend stellen, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung etc. zu privatisieren. Ich weiß nicht, was ihnen da noch einfällt, nämlich im Bereich von Betrieben, die ganz massiv für die Bevölkerung tätig sind.

Mir persönlich ging es jetzt einmal darum, nicht im Raum unwidersprochen stehen zu lassen, dass ausschließlich der Private gut wirtschaften kann. Es gibt nämlich durchaus Bereiche, in denen die öffentliche Hand erfolgreich tätig ist. Und die Stadt Wels braucht ihr Licht auch nicht unter den Scheffel zu stellen, denn wo wir – das haben wir bislang gemeinsam so gemacht und ich hoffe, das wird in Zukunft ebenfalls so sein – im privatwirtschaftlichen Bereich tätig sind, sind wir durchaus erfolgreich unterwegs. Dieses Vorgehen jetzt einfach zu verdammen, das halte ich somit für grundlegend falsch.

Was nun die Beispiele aus der Stadt Linz betrifft, möchte ich diese nicht kommentieren. Es muss wohl jede Gemeinde selbst darüber entscheiden, wo sie Initiativen setzt oder wo sie sich eher zurückhält. Wir haben uns im Bereich der Finanzwirtschaft eher zurückhaltend verhalten und sind damit gut gefahren. Und ich meine, wir sollten uns auch

in Hinblick auf den Betrieb von Wirtshäusern zurückhalten und nicht mit Kaufangeboten offensiv in die Öffentlichkeit gehen.

GR. Ganzert: Ich darf mich der Meinung vom Kollegen Vizebürgermeister Wimmer, in Teilpunkten aber auch den Ausführungen des Herrn Gemeinderat Haböck anschließen.

Man muss sich an dieser Stelle wohl fragen, was zu den Aufgaben einer Stadt gehört. Zu den Aufgaben einer Stadt gehört wohl die Wasserversorgung, der Bau von Kanälen oder zu sorgen, dass es mit der Energie passt, in keiner Weise gehört dazu aber die Möglichkeit, in einem Traditionsgasthaus essen zu können. Wäre das so, könnte ja schon morgen jeder andere Wirtschaftszweig mit ähnlichen Anliegen kommen. Das würde von den Friseuren bis hin zur Hotellerie oder zu Gewandgeschäften reichen. Wenn also jemand kommt und sagt, dass es sich um ein traditionell gewachsenes Hotel handle, dann müsste auf einmal die Stadt einspringen?

Persönlich meine ich, dass der Gast noch immer selbst darüber entscheiden können soll, was auf der Speisekarte steht bzw. ist ihm die Auswahl der Gaststätte, wo er dies oder jenes bekommt, selbst überlassen. Es liegt also nicht an der Stadt, den Menschen vorzuschreiben, wann sie wo essen können.

GR. Haböck: Herr Kollege Ganzert! Ich bin begeistert, gleich in der ersten Sitzung, an welcher sie teilnehmen, solche Worte zu hören.

Ich muss aber auf der anderen Seite schon sagen, schämen sie sich, Herr Vizebürgermeister, denn von einem seit vielen Jahren tätigen Finanzstadtrat hätte ich mir schon erwartet, dass er die Grundbegriffe der Finanzpolitik deuten kann. Sie wissen doch ganz genau, was Neoliberalismus bedeutet. Das ist ja ein „Kampfbegriff“ und ich weiß schon, dass ich mich jetzt wahrscheinlich unbeliebt mache, was mir aber auch egal ist, denn es geht um die Wahrheit. Sie wissen doch ganz genau, dass der Neoliberalismus von Lavergne und Rüstow 1938 geprägt bzw. definiert wurde. Und die Bedeutung ist jene, dass es kein aktives Eingreifen des Staates in die Wirtschaft gibt, aber eine staatliche Ordnungspolitik zur Verhinderung von Monopolen und Oligopolen. Wenn sie schon mit Begriffen im Dauerwahlkampf herumwerfen, dann bleiben sie wenigstens bei der Wahrheit in Bezug darauf, was welcher Begriff bedeutet. Sie machen sich nur selbst lächerlich, wenn sie Begriffe verwenden, die gar nicht jene Bedeutung haben, die sie ihnen zuschreiben.

StR. Dr. Rabl: Zuallererst, lieber Stefan Haböck, gibt es ein bisschen politische Nachhilfe.

Erstens heißen wir nicht „sozialistische Heimatpartei“, sondern „soziale Heimatpartei“. Das ist für mich schon ein wesentlicher Unterschied, denn ich möchte nicht mit Sozialisten in einen Topf geworfen werden. Ich lege somit besonderen Wert darauf, dass das Wort „soziale“ und nicht das Wort „sozialistische“ verwendet wird. Ich bitte für das nächste Mal, dies besonders zu beachten, denn das trifft mich in meinem Herzen und tut entsprechend weh.

Zweitens bin ich nicht für die Franken-Spekulation in Linz verantwortlich. Ich habe dort weder eine Funktion noch sonst etwas und bitte deshalb darum, mir das nicht zusätzlich in die Schuhe zu schieben. Ich bin Bau- und Wohnungsstadtrat in Wels und habe mit der Spekulation in Linz nichts zu tun. Es sind vielmehr SPÖ und ÖVP, die das beschlos-

sen haben. Ich habe dort weder mitberaten noch mitbeschlossen und wenn hier Zusammenhänge mit diesen Spekulationen hergestellt werden, so ist mir das völlig egal. Kann sein, dass die ÖVP in Linz bei diesen Spekulationen nicht gerade stark beteiligt war, aber nach meinen Informationen hat sie im Linzer Finanzausschuss sehr wohl zugestimmt.

(Protestrufe!)

Ich lasse mich aber eines Besseren belehren und wenn man mir ebenfalls eine politische Nachhilfe gibt, kann ich nur sagen, dass ich dafür sehr offen bin.

Was nun aber konkret die Gaststätten betrifft – hier darf ich gleichzeitig zu den Kollegen Lehner, Haböck und Ganzert kommen – so muss ich sagen, dass sie entweder nicht gelesen haben, was wir in unserem Antrag schrieben oder sie verstanden es nicht. Ich gehe gern davon aus, dass sie es nicht gelesen haben. Hätten sie es nämlich gelesen, bin ich mir sicher, dass sie den Inhalt verstanden haben würden. Es geht also nicht darum, dass die Stadt Wels Gastwirtschaften führen soll – das steht überhaupt nicht drinnen – sondern es geht vielmehr darum, dass die Stadt Wels Immobilien erwirbt, in denen ursprünglich Traditionsgasthäuser geführt wurden. Und in der Folge sollten derartige Gasthäuser wieder an Pächter weitergegeben werden.

Ich kann hier nur die durchaus sehr vernünftige ÖVP Bludenz zitieren, die nicht nur Gaststätten kauft, sondern ganze Innenstadthäuser. Warum ist das so wichtig? Das deshalb, weil es ja gerade in der Innenstadt auf den Branchenmix ankommt. Es wird ja auch unserer ÖVP in Wels nichts Neues sein, dass es dann, wenn eine Innenstadt funktionieren soll, auf den optimalen Branchenmix ankommt. Die Einkaufszentren machen uns das schon lange vor und die ÖVP in Bludenz macht das ganz gut nach. Die ÖVP in Wels macht diesbezüglich wieder einmal nichts – macht aber gar nichts – und deshalb müssen wir die Initiative ergreifen, und zwar wenigstens für einen kleinen Teil.

Wir sagen: Gastwirtschaft ist Kultur! Und was bedeutet das? Damit meine ich nicht, dass wir so wie jetzt Betreiber von jeder Nation haben sollen, sondern ich meine damit die österreichische Kultur. Ich glaube, dass das Essen, das Kulinarium, ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Innenstadt ist und dabei bringt es mir nichts, wenn ich 14 Kebabstuben habe, sondern vielmehr brauche ich Gasthäuser, wo die Leute ein anständiges Essen bekommen. Dass das unterstützenswert ist, das hat offenbar auch die SPÖ in Linz erkannt. Das ist ein Konzept, von dem ich sage, dass man damit leben kann.

Ich habe natürlich mit Gastronomen über diese Sache gesprochen, beispielsweise mit Herrn Wanik vom Gösserbräu. Der meinte ebenfalls, dass es sich hierbei um eine gute Idee handle, wenn – das ist schon eine Voraussetzung – die Sache zu marktüblichen Konditionen erfolgt. Das Problem ist natürlich immer, dass ein Mieter immer nur eine möglichst günstige Miete zahlen will und das muss man ihm halt ermöglichen. Der Grund dafür, dass beispielsweise das Restaurant im Kremsmünstererhof heute leersteht, ist ja nicht der, dass kein Mieter hineingehen will, sondern vielmehr jener, dass eine Miete verlangt wird, die nicht marktüblich ist. Wollen wir also eine funktionierende Gastronomie haben – damit meine ich eine österreichische Gastronomie, ein Kulinarium, auf das man Wert legt – dann muss man gewisserweise auch etwas dafür tun. Nichts anderes habe ich mit meinem Konzept gemeint, aber offenbar habe ich dieses

zu schlecht erklärt. Nun hoffe ich aber, dass wirklich alle Unklarheiten beseitigt sind und somit rechne ich mit einer breiten Zustimmung.

Der Antrag (Anlage 18) zu Punkt 19. der Tagesordnung wird bei

13 Ja-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 21 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Dr. Wieser ist bei der Abstimmung zu Punkt 19. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

20.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44, Wels;
Gewährung einer Förderung für touristische Maßnahmen und Projekte
BZ-Pol-90003-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 16.06.2011:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2011 eine Förderung in Höhe von € 150.300,- für seitens des Förderungsgebers akzeptierte touristische Maßnahmen und Projekte zu Lasten der VASSt. 1.7710.757100.8.

Die Auszahlung erfolgt in zwei gleichen Teilbeträgen, wobei der erste Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und der zweite Teilbetrag am 01.08.2011 zur Auszahlung zu bringen ist.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2011 bis spätestens 01.05.2012 zu erbringen.

GR. Raggl-Mühlberger: Um die Stadt Wels auch touristisch positionieren zu können, ist es natürlich wichtig, zu investieren. Der Tourismusverband unter dem Vorsitz von Herrn Platzer Helmut leistet hier wirklich eine hervorragende Arbeit. Viele touristische Highlights wie die Welser Weihnachtswelt, „Swing in the City“ oder das Filmfest, um nur einige zu nennen, sind schon zum fixen Bestandteil geworden, über die sich die Welserinnen und Welser jährlich freuen. Im Abstand von zwei Jahren wird „Swing in the

City“ veranstaltet und auch heuer werden wir uns wieder freuen, wenn sich Wels im Swingfieber befindet.

Die Vermarktung der Stadt Wels mit Hilfe entsprechender Folder und durch Kooperation mit diversen Organisationen ist ebenfalls sehr wichtig, genauso wie die Aktivierung des Gruppentourismus. Die Stadt Wels hat viel zu bieten und ist immer einen Ausflug wert.

Auch im Bereich der Business-Touristik geht der Tourismusverband neue und innovative Wege, um bei Kongressen wieder mehr Fuß zu fassen. Wir möchten uns an dieser Stelle bei Herrn Helmut Platzer für sein persönliches Engagement sehr herzlich bedanken.

StR. Lehner: Ich danke für das Lob an Herrn Platzer und werde dieses persönlich sehr gerne weiterleiten.

Der Antrag zu Punkt 20. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

21.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44, Wels;
Gewährung eines Zuschusses für projektbezogene Maßnahmen
BZ-Pol-90005-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 16.06.2011:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2011 eine Förderung in Höhe von € 96.066,06 als weiterer Zuschuss für das Welios (Werbekooperationsprojekt zwischen Welios, Zoo Schmiding und Tourismusverband Wels) zu Lasten der VASSt. 1.7710.757100.8.

Die Auszahlung erfolgt in zwei gleichen Teilbeträgen, wobei der erste Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und der zweite Teilbetrag am 01.08.2011 zur Auszahlung zu bringen ist.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2011 bis spätestens 01.05.2012 zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

22.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 515/A.2.1 (Stadtteil: Stadlhof)
BZ-BauR-6005-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 16.06.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 19 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 515/A.2.1 (Stadtteil: Stadlhof) beschließen.

Einstimmig angenommen.

23.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 623/E.1 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6002-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 16.06.2011, der Gemeinderat möge die als Anlage 20 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 623/E.1 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

24.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Zustand des Welser Bahnhofs (Resolution an die ÖBB)
DI-Verf-175-2011

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Eröffnung des neuen Welser Hauptbahnhofs im Jahr 2005 war ein Freudentag für die ganze Stadt. Zwar wurden gegenüber der ursprünglichen Planung massive Einsparungen getätigt und dadurch wurde einiges nicht ganz optimal umgesetzt – ich verweise hier nur auf die ungenügende Anzahl von Rolltreppen – doch war damit endlich die lange Zeit zu Ende, in der man sich den Reisenden gegenüber wahrlich schämen musste ob des schnuddeligen und verwahrlosten Gebäudes, das ihnen der erste Eindruck von unserer Stadt bot. Endlich verfügte also auch Wels über einen architektonisch ansprechenden Bahnhof, der sich sehen lassen konnte. Doch die ansprechende Optik sollte nur wenige Jahre ungetrübt erhalten bleiben.

Nach dem Bruch von Glasplatten am Übergang im Jahr 2009 wurden diese Glasplatten nicht ersetzt, sondern es wurden an deren Stelle Schalungsplatten montiert. Eine Reparatur unterblieb angeblich, weil die ÖBB in einem Rechtsstreit mit der Erzeugerfirma die Haftungsfrage klären will.

Nachdem eine weitere Glasplatte abgestürzt war, wurde schließlich der Übergang auf der gesamten Länge mit OSB-Platten versehen, denn offenbar konnte die Sicherheit der Passanten mit der bestehenden Verglasung nicht mehr gewährleistet werden.

Und seither präsentiert sich der Verbindungssteg hinüber zur Neustadt, der einst das architektonische Highlight des Gebäudes war, als derart unansehnliches Provisorium. Und die auf den Platten montierten Nirosta-Leisten legen den Schluss nahe, dass die ÖBB diese grauenhafte Notlösung offenbar als Dauereinrichtung etablieren wollen. Auf dieser Nirosta-Leiste wurden jetzt zusätzlich Fahrplankästen montiert, obwohl form-schöne und dem Bahnhoferscheinungsbild entsprechend designte Fahrplankästen zwei Meter davon entfernt sogar beleuchtet herumstehen, aber derzeit nicht mehr befüllt werden.

Damit präsentiert sich also der Bahnhof in der Zwischenzeit in einem nicht mehr sehr vorteilhaften Erscheinungsbild und man beginnt anscheinend auch bei diesem neuen Bahnhofsgebäude mit der uns von seinem Vorgänger bekannten Vorgangsweise, nämlich damit, die Mängel mit wenig Geldeinsatz und noch weniger Geschmack zu kaschieren, statt einen Auftrag zur Beseitigung der Mängel zu erteilen.

Aber nicht nur am Übergangssteg, sondern auch in anderen Bereichen des Bahnhofs hat sich der Zustand des Gebäudes seit seiner Eröffnung massiv verschlechtert. So wirft beispielsweise der Asphaltboden im Übergang mehrere ziemlich große Blasen, die alten und gehbehinderten Menschen zum Verhängnis werden können.

Auch auf den Bahnsteigen – diese wurden im Übrigen seinerzeit bei der Erneuerung des Bahnhofes nicht miterneuert und bildeten deshalb schon zur Zeit der Eröffnung zu diesem einen unansehnlichen Kontrast – hat sich seit Eröffnung die Situation massiv verschlechtert. Da wird ebenfalls nicht an der Beseitigung der Mängel gearbeitet, sondern es wird zur Zeit mit rot-weiß-roten Absperrbändern und mit Abdeckbrettern das Bild einer Dauerbaustelle vermittelt.

Meine Damen und Herren! Das Erscheinungsbild des Welser Bahnhofs hat sich durch all diese Maßnahmen in besorgniserregender Weise verschlechtert, ohne dass die ÖBB in irgendeiner Art und Weise reagieren würden. Ich bin aber der Meinung, dass sich Wels eine solche Vernachlässigung des Hauptbahnhofs nicht verdient hat. Unsere Stadt wartete lang genug auf einen neuen Bahnhof und nun dürfen wir wohl mit Fug und Recht von den Österreichischen Bundesbahnen als Gebäudeerhalter verlangen, diese Visitenkarte der Stadt in einem akzeptablen Zustand zu halten. Deshalb ersuche ich sie um Unterstützung für die vorgelegte Resolution. Ich möchte mir ersparen, ihnen diese Resolution (Anlage 21) vorzulesen, weil ich denke mir, dass diese allen bekannt ist.

StR. Kroiß: Geschätzter Kollege Teubl! Ich muss ihnen leider Recht geben und meine, sie haben die Situation fast noch lieblich umschrieben. Diese Schalungsplatten sind wirklich hässlich und die Stadt Wels hat sich dieses Provisorium nicht verdient. Sie haben das Problem schon angedeutet. Es gibt hier eine versicherungstechnische Angelegenheit, die es so schwer macht, diese Glasplatten zu erneuern. Es hat diesbezüglich schon Gespräche auf Beamtenebene, aber auch auf politischer Ebene gegeben, jedoch leider erfolglos.

Ich gebe ihnen Recht, dass das nicht gerade ein befriedigender Zustand ist und wir werden diesem Antrag zustimmen. Andererseits glaube ich, dass wir jede Woche einen ähnlichen Antrag beschließen und an die ÖBB schicken können, ohne dass deshalb irgendetwas schneller geht.

GR. Zaunmüller: Herr Kollege Teubl! Die Volkspartei wird selbstverständlich diesen Antrag der GRÜNEN ebenfalls unterstützen. Das nicht nur deswegen, weil sehr vieles drinsteht, das richtig und wahr ist und das ich noch in zwei Punkten ergänzen möchte.

Sehr gut gelungen ist – ich habe sie schon einmal gelobt – die Fahrradüberdachung im Osten des Bahnhofes. Allerdings gleicht der Fahrradabstellplatz im Westen des Bahnhofes einem mittelmäßigen bis großen Chaos. Kommt man also in der Früh dort hin, schaut es dementsprechend aus. Das möge ebenfalls in die Überlegungen oder Gespräche einbezogen werden. Wir finden dort Fahrräder vor, die nicht nur übereinander liegen, sondern auch Fahrräder, die am weiter südlich gelegenen Bus-Bahnhof abgestellt oder abgelegt und mit Ketten an Lichtmasten oder Verkehrszeichen angebunden sind. Und kommt man abends mit dem Zug zurück, findet man sein Fahrrad vielleicht irgendwo wieder oder man hat das Pech, dass es aus unerfindlichen Gründen verschwunden ist.

Ein Aspekt, der mir noch sehr wichtig ist, der betrifft den unterirdischen Ausgang hin zur Neustädter Bahnhofsseite. Dieser unterirdische Ausgang ist suboptimal, wie ich meinen würde. Es fehlt hier an einer hellen Beleuchtung, es fehlt an einer entsprechenden Farbgebung und die sanitären Aspekte, die wir dort vorfinden, sprechen ebenfalls für sich.

Ich bitte also die Verantwortlichen, in ihren Gesprächen oder Kontakten mit den ÖBB auch auf diese Punkte hinzuweisen.

GR. Wildfellner: Wir können uns eigentlich diesem Antrag nur anschließen. Ich bin tägliche Benützerin des Zugs und sehe täglich diese Schandflecke. Es sind weitere Scheiben kaputt und ich muss sagen, dass ich selbst schon zu Sturz kam auf dem Übergang. Gehbehinderte Personen haben es besonders schwer, auch Mütter mit Kindern.

Wir werden diesem Antrag selbstverständlich zustimmen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es bleibt mir eigentlich nur übrig, mich recht herzlich für die breite Unterstützung zu bedanken. Und ich hoffe, es bewahrheitet sich nicht, dass die ÖBB auch bei einer wöchentlichen Übermittlung einer Resolution nicht reagieren werden.

Zu den Bemerkungen des Kollegen Zaunmüller hätte ich noch gern eine Erklärung seitens des Herr Bürgermeister bezüglich der Unterführung hinaus in die Neustadt. Ich kann mich noch dunkel daran erinnern, dass seinerzeit von den ÖBB geplant war, diese Unterführung gänzlich zu schließen und es nur der Intervention seitens der Stadt zu danken war, dass sie offen blieb. Allerdings gibt es seither eine Vereinbarung zwischen den ÖBB und der Stadt dahingehend, dass die Stadt für die Erhaltung der Unterführung zuständig ist. Stimmt das so?

Bgm. Dr. Koits: Ja, für die Säuberung ist nun die Stadt zuständig. Wenn es diesbezüglich etwas gibt, das nachzuholen ist, wird von mir sofort ein entsprechender Auftrag erteilt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich wollte nur klargestellt haben, wer dafür Ansprechpartner ist und danke dem Bürgermeister für diese Erklärung.

Der Initiativantrag (Anlage 21) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und stellt anschließend fest, dass es zur Bürgerfragestunde heute keine Anfragen gibt.

Weiters stellt der Bürgermeister fest, dass hiermit das Ende der Tagesordnung erreicht ist und mit dem Wunsch in Richtung erholsamen Sommer erklärt der Bürgermeister die Sitzung für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriffthführer: